# der rechte rand

**magazin** von und für antifaschistInnen



# RASSISTEN
## AUF DEM VORMARSCH

**H 8040 F**
**ISSN 1619-1404**
**27. Jahrgang**
**Nummer 160**
**Mai I Juni 2016**
**3,50 Euro**

*Unser Titelbild: Frauke Petry – die Führerin. Photo: Mark Mühlhaus/attenzione*

# editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Wahlsiege der »Alternative für Deutschland« (AfD) haben wir – wie viele andere auch – befürchtet, hatten aber auch gehofft, das Blatt würde sich noch wenden. Nun sitzt die extrem rechte Partei in zahlreichen Kommunal- und Landesparlamenten, bekommt MitarbeiterInnen und Finanzmittel gestellt und kann das politische Klima in Deutschland immer stärker mitbestimmen. Eins steht fest: Der Rechtsruck der AfD hat ihr nicht geschadet.

Wer Flüchtlingsheime anzündet oder MigrantInnen angreift, kann damit rechnen, straffrei davon zu kommen. Medien haben kürzlich gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung die Zahlen aus 2013 und 2014 ausgewertet: 93 Prozent aller rassistischen und extrem rechten BrandstifterInnen und GewalttäterInnen wurden nicht bestraft. Gerade einmal zwei aus 100 kamen für ihre Taten ins Gefängnis. Und drei Viertel der TäterInnen wurden gar nicht erst ermittelt.

Dass fünf Neonazis aus Freital (Sachsen) am 19. April von einem GSG 9-Kommando in Haft genommen wurden, ist vor diesem Hintergrund eine absolute Ausnahme. Drei weitere saßen bereits in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft den Rechten vor, Mitglieder einer »Bürgerwehr« zu sein, die für rechten Terror in der sächsischen Kleinstadt verantwortlich sein sollen. Auf ihr Konto sollen drei Sprengstoffanschläge gehen. Freital ist im vergangenen Jahr zu einem Schauplatz rechter Angriffe und Aufmärsche gegen MigrantInnen – insbesondere Geflüchtete – und Linke geworden, unterfüttert von einer rassistischen Stimmung in der Bevölkerung. Auch wenn die Bundesanwaltschaft mit den Ermittlungen gegen die Freitaler Neonazis Hoffnungen macht, die miese Aufklärungsquote der Justiz etwas aufzubessern, ist der Umgang mit der rechten Gewalt in der Stadt untragbar: Unter den Augen der lokalen Polizei und Justiz konnte sich die Gruppe radikalisieren und die Betroffenen terrorisieren. Ob es über die acht Beschuldigten hinaus noch weitere Strukturen oder Netzwerke gibt, ist eine weitere ungeklärte Frage. Die Aktion der Bundesanwaltschaft und der GSG 9 sollte auch als Statement in Richtung der erfolglosen Strafermittlungs- und Verfolgungsbehörden im Freistaat Sachsen gewertet werden.

Wenn es dabei bleibt, dass der Generalbundesanwalt alle halbe Jahre ein Verfahren gegen rechte GewalttäterInnen übernimmt, die restlichen jedoch davon ausgehen können, zu den glücklichen 93 Prozent zu gehören, dann wurde hier noch nicht einmal die Spitze des Eisbergs angekratzt.

## Seite 3



## Schwerpunkt



## kurz und bündig



## Musik



## Rezensionen

# Vom Pfeifen im Walde

**von Volkmar Wölk**

»Wir sind viele, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut«, tönte es sehr lautstark durch die Straßen Wurzens. Die Landesverbände der NPD und JN hatten zu ihrer 1. Mai-Demonstration in jene nordsächsische Kleinstadt gerufen, die über Jahre den Ruf einer »national befreiten Zone« hatte. Hier hatte die NPD erfolgreich die Jugendkultur dominiert, hatte die Stadt zu einer Angstzone für politische GegnerInnen und unangepasste Jugendliche gemacht, hier hatte sie ihre ersten kommunalpolitischen Erfolge in Sachsen gefeiert. Dass der NPD der zweimalige Einzug in den sächsischen Landtag gelingen konnte, war nicht zuletzt ihrer Rolle in Provinzstädten wie Wurzen zu verdanken.

Die Lautstärke stimmte also bei diesem Aufmarsch. Allerdings lag das vor allem an der guten Lautsprecheranlage. Die Behauptung »Wir sind viele« war allerdings unzutreffend. Die Zählung des Zuges war denkbar einfach: exakt 105 NPD-AnhängerInnen hatten sich auf dem Weg in die Stadt gemacht. Ein schlicht desaströses Mobilisierungsergebnis.




^ *Vorsitzender Frank Franz (links) und Klaus Beier präsentieren das Wahlplakat der NPD*

Das Ausmaß des Misserfolges wird noch deutlicher, wenn zwei weitere Faktoren in Sachsen berücksichtigt werden. Einerseits demonstrierte die militant-neonazistische Kleinpartei »Der III. Weg« in Plauen. Rund 700 Personen nahmen an diesem Aufmarsch teil, lieferten sich teilweise militante Auseinandersetzungen mit der Polizei und jenem Teil des politischen Spektrums, der Widerstand nicht auf Mahnwachen beschränkt wissen wollte. Andererseits sprach SPD-Justizminister Heiko Maas bei der DGB-Kundgebung in Zwickau – und wurde schlicht von der deutlichen Mehrheit der Anwesenden mit bekannten Parolen wie »Volksverräter« niedergebrüllt. Verursacher dieser Kaperung einer politischen Veranstaltung waren lokale Gruppen aus dem GIDA-Spektrum wie das »Bürgerforum Zwickau« oder die »Heimattreuen Niederdorf«.

In Sachsen ist die Lage inzwischen so, dass jeder örtliche PEGIDA-Ableger fähig ist, in kurzer Zeit mehr Menschen auf die Beine zu bringen als die NPD mit ihrer Organisationskraft und -erfahrung. Der personelle Aderlass war auch in Wurzen nicht zu übersehen. Maik Scheffler, ehemals Landesgeschäftsführer der Partei, tourt inzwischen als Aussteiger von Veranstaltung zu Veranstaltung. Der ehemalige Landesvorsitzende Holger Szymanski? Verstoßen mit Schimpf und Schande! Der ehemalige Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Mario Löffler? Ausgetreten. Der Leipziger Kreisvorsitzende und einzige NPD-Stadtverordnete Enrico Böhm? Ausgeschlossen! Ein Teil der wenigen noch verbliebenen Mitglieder deshalb ausgetreten. Faktisch nicht mehr existent auch die beiden ostsächsischen Kreisverbände Görlitz und Bautzen. Die Regionen Vogtland und Erzgebirge werden zunehmend von »Der III. Weg« dominiert. Trotzdem – die sächsische NPD verbreitet eifrig Erfolgsmeldungen. Sogar amtlich bestätigt sei es, dass und wie erfolgreich und gefährlich sie sei. Das Material für diese Prahlerei liefert ihr ausgerechnet das Landesamt für Verfassungsschutz, einmal mehr seine Unfähigkeit einer einigermaßen sachgerechten Analyse der politischen Entwicklung unter Beweis stellend. Triumphierend zitiert die NPD aus dem Jahresbericht der Schlapphüte für 2015. Die Partei sei »die aktivste Kraft innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch die maßgebliche Triebkraft bei der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Agitation«. Und weiter: »Insgesamt 105 der 146 bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten in Sachsen, wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Informationsstände, wurden im Berichtsjahr durch die NPD und ihre Jugendorganisation organisiert bzw. organisatorisch unterstützt.« Die NPD habe sich »zu einem wesentlichen Motor der fremdenfeindlichen Agitation im Freistaat Sachsen entwickelt. Es gelang ihr, mit ihrer subtilen Taktik in verschiedenen Regionen mitunter Zustimmung und Anschluss im regionalen bürgerlichen Lager zu finden.« Besonders gewürdigt wird der neue Landesvorsitzende Jens Baur (Dresden), der als »eine treibende Kraft« bezeichnet wird.

Beeindruckende Zahlen: 105 von der NPD durchgeführte oder maßgeblich unterstützte öffentliche Aktionen. Tot scheint die Partei also noch nicht zu sein. Allerdings ist die Lage in Sachsen inzwischen erstens so, dass bislang nicht aktive RassistInnen nunmehr bei jeder entsprechenden Demonstration auflaufen, egal ob die NPD an der Spitze steht oder ein anderer Verein. Das kann der NPD natürlich bei ihren Reorganisationsversuchen nützen. Allerdings nur dann, wenn sie die Kraft hat, das sympathisierende Umfeld längerfristig an sich zu binden. Genau dort liegt allerdings das Manko. Zum zweiten relativieren sich diese Zahlen noch zusätzlich dadurch, dass sie vom »Verfassungsschutz« kommen, also schlicht falsch sind. Mehr als 700 rassistische Aufmärsche und Kundgebungen hat es im vergangenen Jahr in Sachsen gegeben. Die rassistische Welle in Sachsen benötigt wahrlich keinen zusätzlichen Anschub durch die NPD. So muss davon ausgegangen werden, dass der Geheimdienst die Rolle der NPD nur deshalb hervorhebt, weil diese von Bedeutung sein muss, wenn das Bundesverfassungsgericht sie verbieten soll. Ein maroder Haufen taugt dazu nicht.

Ist die NPD also eigentlich schon tot? Selbstverständlich nicht. Vier Prozent bei den Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern lassen den Wiedereinzug in den Landtag als möglich erscheinen. Und dort, wo die lästige rassistische Konkurrenz von der AfD fehlt – zum Beispiel in Büdingen und Wetzlar –, wird sie auch gewählt. Zugegeben: Die Krise der NPD ist eine tiefe. Aber Krisen hat sie in ihrer langen Geschichte schon viele überlebt.

# Rechte Militanz am 1. Mai

In Berlin, Bochum, Erfurt, Plauen, Schwerin und Weimar marschierte am 1. Mai die militante Neonazi-Szene. 1.700 TeilnehmerInnen kamen und wendeten teils massive Gewalt an. In Zwickau störten Rechte die Rede von Bundesjustizminister Heiko Maas auf einer Gewerkschaftskundgebung.

**von Robert Andreasch, Toni Brandes, Kai Budler und Ernst Kovahl**




^ *1. Mai: Aufmarsch von »Der III. Weg« in Plauen*

Seit Jahren ist der 1. Mai für die militante Neonazi-Szene ein wichtiger Termin für Aufmärsche und Kundgebungen. Bundesweit gingen dieses Jahr etwa 1.700 Neonazis auf die Straßen – weniger als im vergangenen Jahr, und etwa so viele wie in den Jahren 2013 und 2014. Doch an die hohen TeilnehmerInnenzahlen aus früheren Jahren kommt die rechte Szene derzeit nicht heran. 2007 und 2010 gingen beispielsweise über 4.000 Menschen zu Aufmärschen und Kundgebungen der extremen Rechten. Auch dieses Jahr trat die Szene zersplittert auf, eine gemeinsame Mobilisierung wird offenbar nicht einmal versucht. Über lange Zeit war es vor allem die NPD, die am 1. Mai Mobilisierungserfolge vorweisen konnte. Doch seit 2011 haben die Strukturen von »Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten« sowie die militanten Kleinstparteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« das Zepter übernommen. Beide mobilisieren ein extrem gewaltaffines Spektrum der Szene.
Während die NPD ihren zentralen Aufmarsch in Schwerin im Vorfeld des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern unter das schlichte Motto »Für Volk und Heimat« stellte, setzte die konkurrierende Neonazi-Partei »Der III. Weg« bei der Mobilisierung für ihre Veranstaltung im sächsischen Plauen auf NS-Rhetorik und -Ästhetik. »Arbeiterkampftag« nennt sich die extra geschaltete Website in martialischer Aufmachung, ein sehr muskulöser Arbeiter mit einem schweren Vorschlaghammer ziert das Plakat. Der Slogan: »Kapitalismus zerschlagen. Für einen deutschen Sozialismus«, und: »Arbeit adelt«. Ganz Ähnliches bei der Partei »Die Rechte«. In ihrem Aufruf zum Aufmarsch im thüringischen Erfurt zeigte sich deutlich, was ihren »deutschen Sozialismus«, ihren vermeintlichen »Antikapitalismus von rechts« ausmacht. Antikapitalistisch und sozialistisch ist daran nämlich gar nichts. Stattdessen die rassistische Forderung nach Arbeit zuerst für Deutsche »bevor nur ein einzelner Asylant eine Vollzeitbeschäftigung erhält«, Kritik an »raubtierkapitalistischer Gier« ausländischer Konzerne statt an kapitalistischer Ausbeutung an sich und die Forderung nach einer Versöhnung von Arbeit und Kapital für »eine wirtschaftlich starke Nation« und den »Fortbestand unserer deutschen Nation«. Und, so »Die Rechte«: »Wir huldigen mit allergrößter Achtung und Respekt all die (sic!) Unternehmen, die (...) deutsche Arbeitsplätze erhalten.«
Blickt man in die Geschichte der Neonazi-Aufmärsche am 1. Mai der vergangenen zehn Jahre, fällt die hohe Kontinuität von Gewalt gegen AntifaschistInnen, gegen JournalistInnen und gegen die Polizei sowie von Überfällen auf Gewerkschaftskundgebungen auf – auch dieses Jahr kam es in Berlin, Erfurt, Plauen und Weimar zu Angriffen. Flaschen, Steine und Böller flogen, Absperrungen wurden überrannt. Vom lang gepflegten Mythos der »ordentlichen und friedlichen« Rechten muss sich die Gesellschaft verabschieden. Nach über einem Jahr Hetze gegen »rot-grün versiffte linke '68er« und der Imaginierung des Ausnahmezustands aufgrund von Flüchtlingen sehen sich organisierte Neonazis als Speerspitze des »Volkswillens«.

**NPD: Berlin, Bochum und Schwerin**

Die NPD rief bundesweit zu drei Aufmärschen und Kundgebungen auf. Dabei lag der Fokus auf dem beginnenden Wahlkampf in Mecklenburg-

Vorpommern, wo am 4. September der Landtag neu gewählt und die Partei ihre letzte Fraktion verteidigen muss. Die zentrale Veranstaltung fand unter dem Motto »Für Volk und Heimat« in Schwerin mit 450 TeilnehmerInnen statt. Neben der lokalen Parteiprominenz, wie dem örtlichen Kreisvorsitzenden Andreas Theißen, dem Landesvorsitzenden Stefan Köster sowie dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, trat auch der Bundesvorsitzende der Neonazi-Partei Frank Franz an das Mikrofon. Als internationaler Gast war Stefan Jacobsson, der schwedische Generalsekretär der »Alliance for Peace and Freedom«, ein Zusammenschluss extrem rechter Parteien im Europäischen Parlament, in Schwerin auf der Bühne mit dabei. In den Reden legten die Parteifunktionäre Wert darauf, das »auf Parteienebene einzig und allein die NPD eine Alternative für Deutschland« sei. Ein unmissverständlicher Hinweis auf die konkurrierende »Alternative für Deutschland«, deren Erfolg den Wiedereinzug der NPD in den Landtag verhindern könnte.

Auch in Berlin – hier wird am 18. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt – ging die NPD auf die Straße. Gleich drei Kundgebungen hatte die Partei angemeldet. Eine am Antonplatz in Weißensee, eine am Prerower Platz in Hohenschönhausen und schließlich am Bahnhof Schöneweide. Aufgerufen hatte der Landesvorsitzende der Berliner Partei, Sebastian Schmidtke, unter dem Motto: »Soziale Absicherung für das eigene Volk!«. Doch dem Ruf folgten nur wenige Menschen – die Kundgebungen zählten jeweils nur etwa 50 TeilnehmerInnen. Mehr Zuspruch erhielt der Aufmarsch der NPD im nordrhein-westfälischen Bochum. 180 TeilnehmerInnen versammelten sich hinter dem Transparent »Raus aus dem Euro« und hörten die Reden lokaler Parteifunktionäre, wie die des Landesvorsitzenden Claus Cremer. Aber auch das NPD-Präsidiumsmitglied Andreas Storr trat im Ruhrgebiet auf. Aufgrund einer Blockade durch AntifaschistInnen konnte die NPD jedoch ihre geplante Aufmarschroute nicht vollständig laufen und musste eine Abkürzung hinnehmen. Im sächsischen Wurzen hatte die NPD und deren Jugendorganisation, die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Grenzen dicht – Migranten sind die Armee des Kapitals« aufgerufen. Hier kamen rund 100 Neonazis.

**»Der III. Weg« in Plauen**

Im sächsischen Plauen mobilisierte die Initiative »Wir sind Deutschland« zuletzt mit Zustimmung des Bürgermeisters regelmäßig Tausende für rassistische Proteste. Parallel bauen hier Neonazis der Partei »Der III. Weg« um Tony Gentsch und Rico Döhler ihren »Stützpunkt Vogtland« aus. Nach 2014 wählten sie nun erneut das zwischen Thüringen, Sachsen und Bayern, dem Stammland der Partei, gelegene Plauen für ihren Aufmarsch am 1. Mai aus.

Etwa 700 Neonazis sammelten sich am »Oberen Bahnhof« und begannen ohne Redebeiträge nach längerer Wartezeit ihren Aufzug in die Stadt. Vorn liefen die »Rothemden«, die mit den roten Solidaritäts-T-Shirts der Partei »Der III. Weg« uniformierten Mitglieder und SympathisantInnen der Neonazipartei. Es folgten etwa 250 zusammengewürfelte AkteurInnen der sogenannten »Freien Kräfte«, unter ihnen auch ehemalige Mitglieder der »Weiße Wölfe Terrorcrew« und der Vogtländer »Deutschen Bruderschaft«. Am Ende des Aufmarsches liefen 200 zum Teil bizarr vermummte Neonazis, verborgen hinter bunten Regenschirmen und Transparenten im Block des »Antikapitalistischen Kollektivs«. Nach wenigen Metern marschierten die Teilnehmenden an »Kameraden« mit brennenden Bengalos vorbei über eine am Boden ausgelegte EU-Fahne. Die Neonazis zeigten sich von Beginn an aggressiv, dennoch blieb das Polizeiaufgebot zunächst gering. Als die Einsatzleitung unter dem Druck antifaschistischer Proteste die Neonazis nach einem Drittel der Wegstrecke zurückschicken wollte, akzeptierte das als Leitung des Aufmarsches auftretende Quartett aus Parteichef Klaus Armstroff, Gentsch, Döhler und Matthias Fischer das nicht. Über den Lautsprecherwagen drohten die Neonazis mit einer Eskalation »wie in Saalfeld«. Dort hatten beim Aufmarsch der Partei »Der III. Weg« am 1. Mai 2015 hunderte Neonazis versucht, aus der Polizeibegleitung auszubrechen und zu den antifaschistischen Gegenaktionen vorzustoßen. Kurz nach ihrer Ankündigung erklärten Gentsch und Co. ihren Aufmarsch in Plauen für aufgelöst. Sofort rannten hunderte Neonazis in Richtung der geplanten Aufzugstrecke, bewarfen die Polizei mit Flaschen, Latten, Stangen und Holzschildern und schlugen mit umgedrehten Fahnenstangen zu. Am Rande wurde eine Frau bewusstlos geschlagen. Die hastig verstärkten Polizeikräfte brachten die tobenden AngreiferInnen mit Pfefferspray und zwei Wasserwerfern wieder unter Kontrolle. Zu einer nennenswerten Zahl von Personalienfeststellungen oder gar Festnahmen kam es jedoch nicht – im Gegenteil: Die Neonazis durften geschützt von der gerade noch angegriffenen Polizei auf einer angemeldeten Spontandemonstration zum Oberen Bahnhof zurückmarschieren.

**»Die Rechte« in Erfurt und Weimar**

250 Neonazis folgten dem Aufruf der neonazistischen Kampagne »Tradition verpflichtet« aus dem Umfeld der Partei »Die Rechte« (DR) zum Aufmarsch nach Erfurt. Sie kamen aus Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Anmelder war Michel Fischer, der DR-Landesorganisationsleiter aus Thüringen. Der Lautsprecherwagen war mit einem Banner der »Europäischen Aktion« versehen, die TeilnehmerInnen skandierten »Frei, sozial und national« und »Alles für Volk, Rasse und Nation«. Wiederholt beschimpften sie GegendemonstrantInnen und versuchten, zu ihnen zu gelangen. In seiner Rede warb Alexander Kurth (DR) aus Sachsen für gemeinsames Handeln der Neonazi-Szene: »Seien wir ehrlich, einzeln haben wir bislang einen Scheißdreck erreicht.« Nach ihm sprachen die DR-Funktionäre Michael Brück (Nordrhein-Westfalen), Dan Eising (Bayern) sowie der stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende der Partei in Sachsen-Anhalt, Roman Gleißner. Jennifer Rodrian vom »Nationalen Kollektiv Anhalt« aus Bitterfeld beschimpfte in ihrer Ansprache GegendemonstrantInnen sowie die Polizei und erklärte, der Widerstand werde auf der Straße und nicht in den Parlamenten entschieden. Nachdem Fischer lauthals forderte »Alle wehrfähigen Männer nach vorn!« flogen Flaschen und Böller aus dem Aufmarsch auf die Polizei und in eine Gegenkundgebung. Die Einsatzkräfte setzten Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Zum Abschluss sprachen noch die Schwerinerin Stefanie Karsten (DR), Matthias Fiedler von der NPD im thüringischen Eichsfeld sowie Sascha Krolzig aus dem Bundes- und Landesvorstand der DR in Nordrhein-Westfalen. Die beiden »Liedermacher« Maik Sundermann und Björn Pessel traten auf einer Zwischenkundgebung als Duo unter dem Namen »Unbelehrbar« auf. Als Fischer die Versammlung nach zweieinhalb Stunden beendete, kam es zu Handgreiflichkeiten gegen PolizeibeamtInnen, die wegen Straftaten Personalien aufnahmen. Für die Neonazis ein Fall von »Polizeigewalt«. Sie meldeten daraufhin im nahen Weimar eine »Spontandemonstration« an. Für den 1. Mai 2017 kündigte Fischer bereits einen Aufmarsch in Halle an.

**Zwickau**

Im sächsischen Zwickau musste behelmte Polizei am 1. Mai die Rede des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD) auf einer Kundgebung des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB) vor etwa 200 Rechten schützen – optisch eine Mischung »besorgter Bürger« und eindeutiger Neonazis. Die Menge bedrängte den Politiker und skandierte »Volksverräter!«, »Linke Ratte!« und »Wir sind das Volk!«. Auf Schildern stand unter anderem »Wir sind das Pack«, ergänzt um Symbole durchgestrichener Moscheen. Eigentlich hatte der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel in Zwickau sprechen sollen, der die rassistischen BürgerInnen in Heidenau als »Pack« bezeichnet hatte. Er hatte kurzfristig abgesagt. Im Internet feierten Rechte die Aktion als »völkischen Aufstand«.

Schwerpunkt

# »Alternative für Deutschland«

# »Fahrplan in ein anderes Deutschland«

## In Stuttgart beschloss die »Alternative für Deutschland« ihr Grundsatzprogramm.

**von Andreas Speit**

Das Grußwort war mehr als eine höfliche Begrüßung. Auf dem fünften Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) umriss Jörg Meuthen als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Baden-Württemberg in Stuttgart die programmatische Ausrichtung. Der dozierende Ton des Professors für Volkswirtschaftslehre ist seit den Landtagswahlkämpfen einer provokanten Pointierung gewichen. Die Sätze sind gezielt, die Worte bewusst gewählt. Die AfD müsse drei Strömungen in sich vereinen, sagte er: einen »modernen Konservativismus, konsequente Freiheitlichkeit und gesunden Patriotismus« – dafür erhielt er sofort den erhofften Applaus.

**Selbstbewusstsein**

Am Wochenende des 30. April und des 1. Mai 2016 bekam Meuthen von den über 2.100 Mitgliedern und FörderInnen der Partei nach seiner Rede den lautesten Zuspruch. Die Gäste des AfD-Programmparteitags – zumeist Männer im mittleren und hohen Alter, meist im feinen Anzug oder schicken Casual-Look – standen auf, klatschen und skandierten »AfD, AfD, AfD«. Die Erfolge bei den Landtagswahlen am 13. März in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben das Selbstbewusstsein gestärkt. Auf der Bühne wechselten während der Reden auf einer Leinwand die Bilder der drei Spitzenkandidaten der letzten Wahlen: André Poggenburg, Uwe Junge und Jörg Meuthen mit den jeweiligen Wahlergebnissen: 24,3 Prozent, 12,6 Prozent und 15,1 Prozent. »Die Alternative für Deutschland ist spätestens seit diesem 13.3. eine feste parlamentarische Größe in Deutschland geworden«, sagt Meuthen, der nun auch Fraktionschef der AfD im Stuttgarter Landtag ist, unter Applaus und lobte die Streit- und Diskussionskultur in der Partei. Der 74 Seiten starke Entwurf für ein Grundsatzprogramm, über 1.400 Seiten mit Änderungsanträgen und drei Alternativentwürfe lagen dem Parteitag vor. »Ich bin heilfroh, dass wir im Vorfeld des Parteitages gestritten haben«, sagte der Bundessprecher und betonte, sich auf die Debatte zu freuen, denn es ginge um die »Partei-DNA«.

**Rechtsruck**

Ein »Gruselparteitag« sei für ihn der CDU-Bundesparteitag im Dezember 2015 gewesen, als die Kanzlerin Angela Merkel nicht bloß ohne Diskussion eine falsche Linie vorgegeben hätte, sondern dafür auch noch zehn Minuten vorbestellten Applaus bekommen hätte. »Wir sind doch hier keine CDU-Duracel-Klatschhäschen«, sagte Meuthen – doch da standen auch schon die ersten Gäste auf und klatschten. Nach seiner Begrüßung mit Vorgabe der Linie sprach Frauke Petry. Die Bundessprecherin machte auf ihr Outfit aufmerksam: Grüner Blazer und roten Rock, statt wie sonst eine dunkelblaue Kombination. »Wir sollten alle Farben okkupieren«, sagte sie und erklärte, dass die politischen Farben so in Zukunft unwichtig würden und dann würden sie, »die Blauen«, das »neue Bunt mit allen Farben« okkupieren. Einzelne Lacher folgten. Im Saal war aber schnell spürbar, dass nicht Petry sondern Meuthen die Begriffe definierte und den programmatischen Rahmen skizzierte. Schon im Vorfeld war das zu erkennen: Die konservative Tageszeitung »Frankfurter Allgemeine Zeitung« führte ein Interview mit Alexander Gauland und Meuthen über die Partei und ihre Politik während das Boulevard-Blatt »Bunte« ein Gespräch mit Petry und ihrem Lebenspartner Marcus Pretzell über deren neue Liebe führte.

Ohne Widerspruch des Parteitages erklärte Pretzell am Saalmikrofon, dass er als AfD-Europaabgeordneter der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« (»Europe of Nations and Freedom«) beitreten werde, die vom französischen »Front National« bestimmt wird. Eine politische Nähe, die die AfD früher mied. Doch mittlerweile ist das kein Problem mehr, rückte ja auch die gesamte Richtung der Partei und ihres Programms weit nach rechts. Gauland und Beatrix von Storch hatten schon vor dem Parteitag für die AfD »rechtspopulistisch« und »Anti-Islam-Partei« als Bezeichnung akzeptiert.

**Streit um den Kurs**

Doch manchen geht der Kurs zu weit nach rechts. Unter anderem Dieter Stein, der auf dem Parteitag in der zweiten Reihe saß. Der Chefredakteur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« warnt seit Monaten aus strategischen Gründen vor einem zu scharfen Rechtskurs. »Diese Selbstpositionierung als rechtspopulistisch ist reichlich dämlich«, sagte er bei einer Veranstaltung der AfD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg. Im Saal wich er aus. Für- und Widerspruch hätte er auf seine Aussage erhalten, antwortete Stein auf Nachfrage. Am Eingang zum Bundesparteitag hatte die Wochenzeitung jedenfalls als einzige Nicht-Parteiorganisation einen großen Stand aufgebaut. Zumindest ein Beschluss dürfte Stein beruhigt haben. Mit 996 gegen 806 Stimmen beschloss der Parteitag, die saarländische AfD wegen Kontakten in die extreme Rechte aufzulösen.

**»Links-rot-grün verseucht«**

In der Programmdebatte setzten sich überwiegend die rechteren Positionen durch. Einige Kernpunkte: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«, »Ungeregelte Asylzuwanderung« schade Deutschland, die Türkei soll kein Mitglied der EU werden, die EU soll zu Gunsten der nationalen Souveränität zurückgedrängt werden, die Zahl der Abtreibungen soll sinken und die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form. Schon bei der Begrüßung hatte Meuthen unter viel Applaus den Kurs skizziert: »Und geben wir Bundesjustizminister Maas einmal recht, aber ein einziges mal völlig recht. Er hat gestern verlauten lassen, unser Parteiprogramm sei ein ´Fahrplan in ein anderes Deutschland´. Liebe Parteifreunde, wo der Mann Recht hat, hat er Recht. (…) Und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, vom dem wir die Nase voll haben«. Der Saal stand und Meuthen genoss den Applaus.

# Drei Jahre Rechtsruck

Schießbefehl, Zusammenarbeit mit dem »Front National« oder die Schließung der Außengrenzen. Die »Alternative für Deutschland« hat sich seit ihrer Gründung deutlich radikalisiert.

**von Kai Budler**

Nachdem 2010 das Buch »Deutschland schafft sich ab« des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin erschienen war, ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Emnid«, dass sich 18 Prozent der Befragten vorstellen könnten, eine Partei mit Sarrazin als Vorsitzenden zu wählen. Knapp ein Drittel dieser fiktiven WählerInnen hatten zu diesem Zeitpunkt »Die Linke« gewählt, 17 Prozent stammten aus dem Lager der CDU. Unterstützung hatte Sarrazin bereits ein Jahr zuvor von Hans-Olaf Henkel erhalten, dem ehemaligen Präsidenten des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie« und Professor an der Universität Mannheim. Nach Sarrazins rassistischen Äußerungen ein Jahr zuvor in der Zeitung »Lettre International« hatte Henkel dem Autoren den Rücken gestärkt und gesagt: »Auch persönlich wollte ich Ihnen noch einmal zurufen, dass ich Ihre Äußerungen ohne jedes Wenn und Aber unterstütze (…). Dass Sie sich auch in der Ausdrucksweise nicht vergriffen haben, liegt für mich ebenfalls auf der Hand.«

**Rechte Wahlalternative**

Sein politisches Zuhause fand Henkel 2013 nach einem Umweg über die FDP und die »Bundesvereinigung Freie Wähler« im Bündnis »Wahlalternative 2013«, dessen Gründungsmitglied er war. In dem 2012 gegründeten »Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013« fanden sich spätere Funktionäre der AfD, wie Konrad Adam, Bernd Lucke oder Alexander Gauland, die vor allem die Kritik an der Euro-Rettungspolitik einte. Zu den HauptunterzeichnerInnen der »Wahlalternative 2013« gehörte aber auch bereits Beatrix von Storch, Gründerin und Sprecherin des Kampagnennetzwerks »Zivile Koalition e. V.« mit der angeschlossenen »Initiative Familienschutz«, die vor allem durch homophobe Einstellungen und ein reaktionäres Frauen- und Familienbild aufgefallen war. Von Anfang an war die »Wahlalternative 2013« darauf ausgelegt, eine rechte Sammlungspartei zu initiieren und ging daher im Februar 2013 in der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf. Wie bereits in der »Wahlalternative« waren die führenden Köpfe bei der Gründung Adam, Gauland und Lucke. Beim ersten offiziellen Auftritt der Partei wurden zusätzlich von Storch und Joachim Starbatty vom ehemaligen »Bund freier Bürger« als Führungspersonal präsentiert. Nur einen Monat später folgte der offizielle Gründungsparteitag, bei dem Lucke, Adam und Frauke Petry zu ParteisprecherInnen gewählt wurden. Im Mai 2013 hatte die AfD bereits Landesverbände in allen Bundesländern. Auf dem Gründungsparteitag in Berlin wurden auch das Bundestagswahlprogramm und die politischen Leitlinien der AfD verabschiedet. Bis zum Parteitag in Stuttgart Ende April 2016 waren sie das einzige offizielle Papier zur programmatischen Ausrichtung der Partei.

**Programm**

Ein Blick in die Leitlinien zeigt, dass die AfD schon bei ihrer Gründung mitnichten eine Ein-Punkt-Partei mit Schwerpunkt »Eurokrise« war. Bereits damals war die Rede von der »Behinderung offener Diskussionsprozesse (political correctness)«, einer »Politik, die auf die Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt« oder »zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter« – gut bekannte Stichworte der Rechten. Nicht zu vergessen auch die migrationsfeindlichen bis rassistischen Thesen von Lucke, der 2013 Menschen aus Rumänien und Bulgarien als »eine Art sozialen Bodensatz« bezeichnete, »einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt«. Ähnlich deutlich war seine Aussage: »Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und




^ *Aufmarsch der AfD im Oktober 2015 in Passau*

Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind.« Doch ihr Gebaren als »euroskeptische Professorenpartei« half der AfD vor allem bei den bevorstehenden Wahlen die in der Öffentlichkeit von einer emotionalen Diskussion über die Euro-Rettung begleitet wurde.

**Erste Erfolge**

Während die neue Partei bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Hessen 2013 noch knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, zog die AfD im Mai 2014 mit 7,1 Prozent und sieben Abgeordneten in das Europäische Parlament ein. Zu ihnen gehörten Lucke, Henkel, Bernd Kölmel, von Storch, Starbatty, Ulrike Trebesius und Marcus Pretzell. Ein beachtliches Ergebnis für eine Partei, die zum Zeitpunkt der Wahl gerade erst ihr einjähriges Jubiläum hinter sich hatte. Der Erfolg dürfte einer der Gründe für die Wahlergebnisse bei den im Herbst 2014 folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gewesen sein. In alle drei Länderparlamente zog die Partei in Fraktionsstärke ein, mit 12,2 Prozent holte sie in Brandenburg ihr bis dahin bestes Ergebnis. In den Wahlkämpfen hatten die Landesverbände dort besonders mit zugespitzten Themen wie Zuwanderung, Law-and-Order, Islamfeindlichkeit und Nationalismus für sich geworben. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte die AfD neben Parteien wie der NPD die stärkste Anziehungskraft für WählerInnen mit rassistischen Einstellungen. Laut der Studie »Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014« lehnte die Hälfte der AfD-WählerInnen MigrantInnen ab und jedeR Dritte wünschte, dass Deutschland mehr Macht und Geltung bekomme.

**Am »rechtsradikalen« Rand**

Laut einer Umfrage des Forsa-Instituts aus dem August 2014 betrachten 39 Prozent der Befragten die AfD »als eine Partei, die am rechts-




radikalen Rand angesiedelt ist«. Den Wahlergebnissen in den drei ostdeutschen Bundesländern hat das nicht geschadet. Sie sorgten für ein besonderes Gewicht der Landesverbände, die bis dahin am deutlichsten als rechtsaußen zu verorten waren. Gleichzeitig ermutigte der Einzug der AfD in Fraktionsstärke in drei Landtage all jene in der Partei, für die der Bundesvorsitzende Lucke zu »liberal« war. Die Vorsitzenden der drei erfolgreichen ostdeutschen Landesverbände, Gauland, Björn Höcke und Petry, nutzten den Rückenwind, um sich gegen den Bundesvorsitzenden Lucke in Stellung zu bringen. Besonders ihr positiver Bezug auf die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) und ihre Aufmärsche sorgten gerade in den westdeutschen AfD-Verbänden für Kopfschütteln. Im März 2015 folgte mit der »Erfurter Resolution« eine weitere, dieses Mal eindeutige Kampfansage an den Kurs des Flügels um Lucke. Initiiert vom Thüringer Landespartei- und Fraktionschef Höcke und dem Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, kritisierten die UnterzeichnerInnen der Resolution den Umgang mit PEGIDA. Die Partei habe »sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen«, heißt es in dem Papier, das auch eine Anpassung an den etablierten Parteibetrieb anprangert. Zudem verlasse die AfD ihren Kurs »als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender-Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)« und als »Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands«. Zu den ErstunterzeichnerInnen der Resolution gehörte neben Höcke und Poggenburg auch Gauland. Insgesamt stellten sich knapp 2.000 UnterstützerInnen hinter diese Positionen.

**Rechter Flügel**

Auf Grundlage der Resolution versammelten sich die rechten Teile der Partei unter dem Namen »Der Flügel«, der im Juni 2015 zu seinem Treffen am Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen einlud. Die Veranstaltung mit Rednern vom rechten Rand dürfte auch als Vorbereitung auf den Bundesparteitag in Essen im Juli 2015 in gedient haben, bei dem die Entscheidung über den künftigen Bundesvorstand und die Ausrichtung der Partei anstanden. Unterstützung erhielt »Der Flügel« von rechten Netzwerken in der Partei, wie der »Patriotischen Plattform«, dem Jugendverband »Junge Alternative« (JA) und der Vereinigung »Christen in der AfD«. Der interne Machtkampf führte auf dem Parteitag in Essen schließlich zur Abwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden. 60 Prozent gaben der Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes, Petry, ihre Stimme; Lucke erhielt nur noch 38,1 Prozent. Als zweiter Parteisprecher wurde Jörg Meuthen aus dem Landesverband Baden-Württemberg gewählt. Petry bezeichnete den Parteitag als »Befreiungsschlag«, der die Partei »von einem selbstzerstörerischen Machtkampf« erlöst habe.

**Rechte Mobilisierungen**

Doch die von Petry proklamierte »Befriedung der Partei« trat auch für die neue Bundesvorsitzende nicht ein, denn der rechte Flügel machte auch ihr Druck – allen voran Höcke und sein Thüringer Landesverband. Die größten Aufmärsche im Rahmen der von der Bundespartei ausgerufenen Aktionen gegen die gestiegene Zahl von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen fanden in Erfurt statt und orientierten sich an den PEGIDA-Aufmärschen in Dresden. Dabei wurden Kontakte zu Strukturen der extremen Rechten und der »Neuen Rechten« immer deutlicher. So machte beispielsweise Höcke aus seinen Auftritten beim neu-rechten »Institut für Staatspolitik« von Götz Kubitschek keinen Hehl. Schon im September 2015 hatte der Thüringer AfD-Chef erklärt, die Arbeit im Parlament bringe die AfD nicht weiter. Deshalb habe er seiner »Fraktion auch den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße!«. Spätestens seitdem gilt er als Vorreiter der Partei auf dem Weg hin zu einer »rechten APO«, als die sich auch die AfD in Sachsen-Anhalt um Poggenburg vor der Landtagswahl 2016 begriff.

**Keine Abgrenzung nach rechts**

Höcke sieht seine Partei als »grundsätzliche Opposition zum verbrauchten Altparteien-Kartell«, die sich mit »Totalversagern« nicht gemein machen dürfe. Für den früheren Geschichtslehrer braucht es dafür innerhalb und außerhalb Deutschlands starke PartnerInnen, unter anderem bei PEGIDA, die er als »außerparlamentarische Vorfeldorganisation« bezeichnet, ohne die »die AfD nicht dort wäre wo sie jetzt ist«. Zu den PartnerInnen der AfD gehöre auch die rechtspopulistische FPÖ, ihr dankte Höcke »für die Politik der Obergrenzen und der Grenzkontrolle«. In der Reihe der »gleichgestimmten und gleichgesinnten Partner« steht für ihn auch der extrem rechte »Front National« (FN) aus Frankreich. Statt des Trennenden müsse hier das Gemeinsame herausgestellt werden. Bereits am folgenden Tag stießen die Landesvorsitzenden Gauland aus Brandenburg und Poggenburg aus Sachsen-Anhalt ins gleiche Horn. Poggenburg kann mit gesundem Selbstbewusstsein zum Bundesparteitag nach Stuttgart fahren, immerhin wurde seine Partei bei der Wahl in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent zur zweitstärksten Fraktion im Landtag. Dementsprechend will er die Position seines Landesverbandes in der Bundespartei gewürdigt wissen. »Ich denke, unser Stellenwert in der Bundespartei ist im Vergleich gesehen höher als unser Mitgliederanteil«, sagte er dem MDR kurz vor dem Parteitag. Auch Höcke hat seinen Einfluss geltend gemacht und gegen die Bundesvorsitzende Petry opponiert. Entgegen ihrer Aussage, es müsse eine »rote Linie« zur Abgrenzung nach rechts geben, sagte er der Tageszeitung »Thüringer Allgemeine«, er sehe »keine Notwendigkeit für die AfD, sich grundsätzlich für einen bestimmten Kurs zu entscheiden. (…) Die Partei muss sich möglichst breit aufstellen und das Beste aus konservativen, liberalen und sozialen Traditionen in einem neuen Patriotismus verbinden«.

# Aufstieg der AfD

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist mittlerweile in der Hälfte aller deutschen Landesparlamente vertreten. Bei den drei vergangenen Landtagswahlen im Jahr 2016 gaben vor allem bislang »Nicht Wählende« der Partei ihre Stimme. Wenn am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern gewählt wird, könnte die AfD auf 16 Prozent und am 18. September in Berlin auf 9 Prozent kommen. Bundesweit würde sie, laut allen Meinungsforschungsinstituten, mindestens 13 Prozent der Stimmen bekommen.
Die AfD hat aktuell 20.120 Mitglieder, davon sind 81 Prozent Männer. Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren – jünger als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Mehr als 250.000 Menschen haben bei Facebook »Gefällt mir« für sie gedrückt – mehr als bei jeder anderen deutschen Partei.
Die AfD hat zurzeit zwei Abgeordnete im Europaparlament: Beatrix von Storch und Marcus Pretzell. Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius sind von der AfD zur Gruppe »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa) gewechselt.

## AfD-Abgeordnete in:

**Sachsen-Anhalt**
1. Gottfried Backhaus; 2. Matthias Büttner; 3. Jens Diederichs; 4. Robert Farle; 5. Lydia Funke; 6. Andreas Gehlmann; 7. Thomas Höse; 8. Oliver Kirchner; 9. Hagen Kohl; 10. Mario Lehmann; 11. Matthias Lieschke; 12. Hannes Loth; 13. Willi Mittelstädt; 14. Andreas Mrosek; 15. Volker Olenicak; 16. André Poggenburg; 17. Alexander Raue; 18. Daniel Rausch; 19. Tobias Rausch; 20. Daniel Roi; 21. Sarah Sauermann; 22. Jan Schmidt; 23. Ulrich Siegmund; 24. Marcus Spiegelberg; 25. Hans-Thomas Tillschneider

**Baden-Württemberg**
1. Rainer Balzer; 2. Anton Baron; 3. Christina Baum; 4. Lars Patrick Berg; 5. Heinrich Fiechtner; 6. Wolfgang Gedeon; 7. Bernd Gögel; 8. Bernd Grimmer; 9. Stefan Herre; 10. Rüdiger Klos; 11. Heinrich Kuhn; 12. Claudia Martin; 13. Heiner Merz; 14. Jörg Meuthen; 15. Thomas Axel Palka: 16. Rainer Podeswa; 17. Stefan Räpple; 18. Daniel Rottmann; 19. Emil Sänze; 20. Hans Peter Stauch; 21. Udo Stein; 22. Klaus-Günther Voigtmann; 23. Carola Wolle

**Sachsen**
1. André Barth; 2. Mario Beger; 3. Silke Grimm; 4. Carsten Hütter; 5. Andrea Kersten; 6. Kirsten Muster; 7. Frauke Petry; 8. Detlev Spangenberg; 9. Jörg Urban; 10. André Wendt; 11. Gunter Wild; 12. Karin Wilke (nachgerückt für Stefan Dreher, der auf sein Mandat 2015 verzichtete); 13. Sebastian Wippel; 14. Uwe Wurlitzer

**Rheinland-Pfalz**
1. Uwe Junge; 2. Joachim Paul; 3. Jan Bollinger, 4. Michael Frisch; 5. Heribert Friedmann; 6. Sylvia Groß; 7. Matthias Joa; 8. Damian Lohr; 9. Jürgen Klein; 10. Gabriele Bublies-Leifert; 11. Martin Schmidt; 12. Iris Nieland; 13. Timo Böhme; 14. Jens Ahnemüller

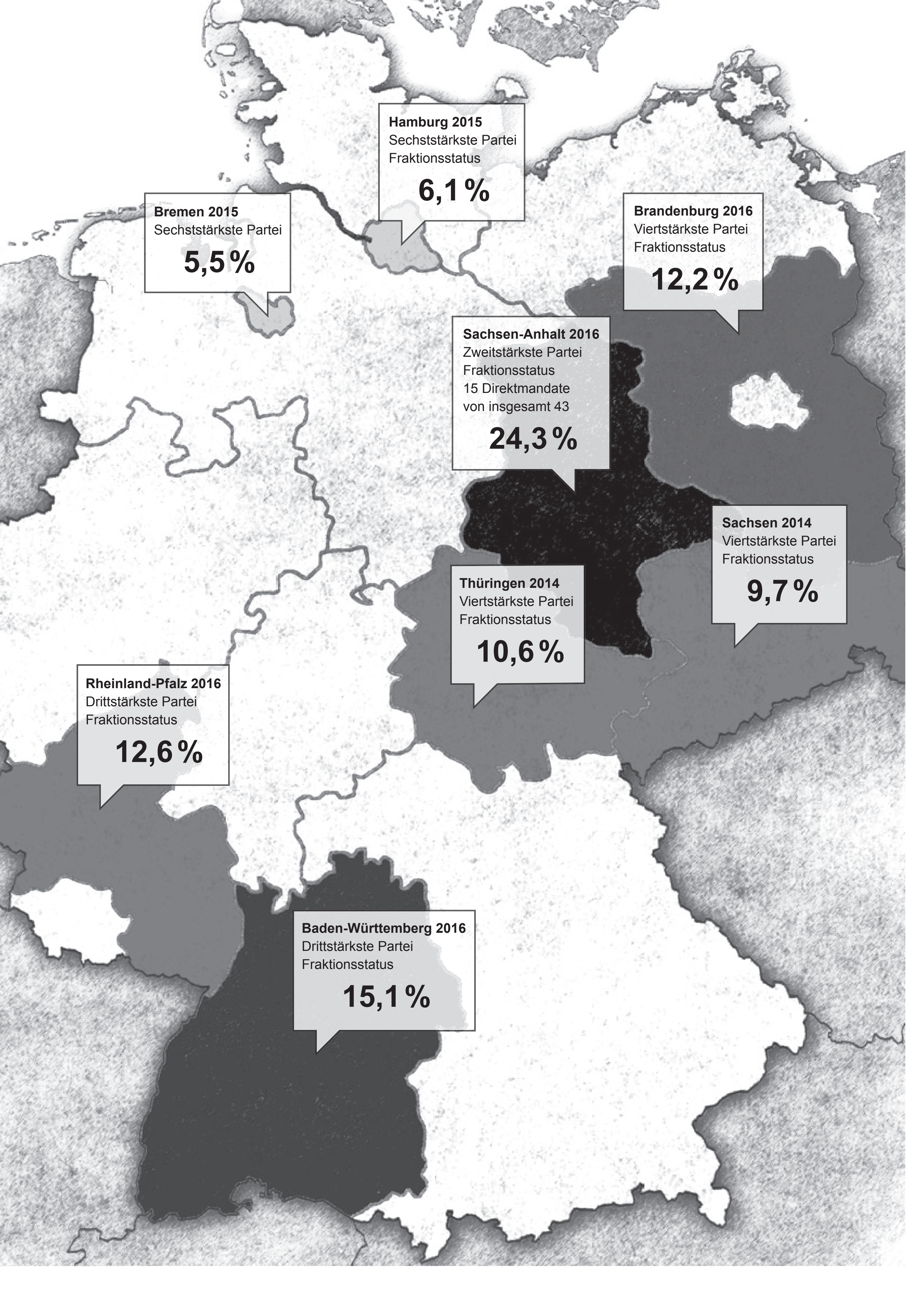
**Brandenburg**
1. Birgit Bessin; 2. Andreas Galau; 3. Alexander Gauland; 4. Thomas Jung; 5. Andreas Kalbitz; 6. Steffen Königer; 7. Christina Schade; 8. Sven Schröder; 9. Rainer van Raemdonck; 10. Franz Josef Wiese
*Ehemals elf Abgeordnete: Stefan Hein wurde aus der Fraktion ausgeschlossen.

**Thüringen**
1. Stephan Brandner; 2. Jörg Henke; 3. Corinna Herold; 4. Björn Höcke; 5. Olaf Kießling; 6. Wiebke Muhsal; 7. Stefan Möller; 8. Thomas Rudy
*Ehemals elf Abgeordnete: Siegfried Gentele, Jens Krumpe, Oskar Helmerich (jetzt SPD) sind ausgetreten.

**Hamburg**
1. Bernd Baumann; 2. Detlef Ehlebracht; 3. Joachim Körner; 4. Jörn Kruse; 5. Dirk Nockemann; 6. Andrea Oelschläger; 7. Alexander Wolf
*Ehemals acht Abgeordnete: Ludwig Flocken hat die Fraktion verlassen.

**Bremen**
1. Alexander Tassis
*Ehemals vier Abgeordnete: Piet Leidreiter, Klaus Remkes und Christian Schäfer sind jetzt bei der »Gruppe Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa). Derzeit prüft der Staatsgerichtshof, ob die SPD einen Sitz verliert und an die AfD abgeben muss, da es 2015 zu gravierenden Fehlern bei der Stimmenauszählung kam.




Hamburg 2015
Sechststärkste Partei
Fraktionsstatus
6,1 %
Bremen 2015
Sechststärkste Partei
5,5 %
Brandenburg 2016
Viertstärkste Partei
Fraktionsstatus
12,2 %
Sachsen-Anhalt 2016
Zweitstärkste Partei
Fraktionsstatus
15 Direktmandate
von insgesamt 43
24,3 %
Sachsen 2014
Viertstärkste Partei
Fraktionsstatus
9,7 %
Thüringen 2014
Viertstärkste Partei
Fraktionsstatus
10,6 %
Rheinland-Pfalz 2016
Drittstärkste Partei
Fraktionsstatus
12,6 %
Baden-Württemberg 2016
Drittstärkste Partei
Fraktionsstatus
15,1 %

# Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch

**von Gerd Wiegel**

Der Entwurf zum Parteiprogramm der AfD spiegelt die politischen Vorstellungen einer konservativ-reaktionären, nationalistischen und rechtspopulistischen Partei wider. Hinter dem Versprechen einer Alternative verbirgt sich die Rückkehr zur verstaubten, autoritären, hierarchisch gegliederten und patriarchal strukturierten Gesellschaft der 1950er Jahre. Alle emanzipatorischen Errungenschaften, die mit dem Stichwort »1968« verbunden werden, sollen rückgängig gemacht und zugunsten eines tradierten und bis dahin vorherrschenden Gesellschafts- und Familienbildes überwunden werden. Nation und nationale Politik jenseits europäischer und internationaler Einbindung sollen nach den Vorstellungen der AfD zum Leitfaden der Politik werden. ‹Deutschland zuerst› und im Notfall gegen alle anderen – nach dieser Maßgabe strebt die Partei eine grundlegende Neuorientierung deutscher Außen- und Militärpolitik an. Die Nation begreift sie als völkisch definierten Schutzraum vor den Gefahren der Globalisierung, womit den Dazugehörenden Vorrechte gegenüber allen anderen eingeräumt werden sollen. Sozialpolitisch stellt sich die AfD als Vertreterin der angeblichen LeistungsträgerInnen der Gesellschaft dar. Der Duktus des Programmentwurfs ist dabei der rechtspopulistischen Attitüde des »wir hier unten« gegen »die da oben« entlehnt, mit dem die »Alternative für Deutschland« zu einem vermeintlich grundlegenden Systemwechsel aufruft.

**Flügelkämpfe**

Der Programmentwurf und eine kurz vor seiner Veröffentlichung geleakte Vorgängerversion zeigen, dass die Flügelkämpfe innerhalb der AfD nicht überwunden sind. Der schließlich zum Parteitag verbreitete Entwurf ist an zahlreichen Stellen entschärft worden. Auffallend ist dabei die Rücknahme marktradikaler Forderungen wie die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung. Der Ruf nach der Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl wurde ebenso aus dem Entwurf genommen wie der nach der Streichung staatlicher Unterstützung für Alleinerziehende. Offensichtlich wurden die in der Programmkommission nach wie vor vorhandenen Marktradikalen in letzter Sekunde zurückgepfiffen, um den Anspruch, »Partei der kleinen Leute« zu sein, nicht sofort ad absurdum zu führen. Schließlich wurde der Tonfall des finalen Kulturkampfes gegen das alte System, der typisch für die neu-rechten Einflüsse des Höcke-Flügels ist, abgemildert. »Linke« Themen sind das Bekenntnis zum Mindestlohn, die Kritik an TTIP und die Beseitigung ökonomischer Fluchtursachen.

**Privat vor Staat: neoliberaler Blickwinkel in der Sozialpolitik**

»Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein«, mit diesem neoliberalen Bekenntnis zum Rückzug des Staates vor allem aus seiner Rolle als sozialer Anker für schwache Gruppen der Gesellschaft bekräftigt die AfD ihre ideologische Herkunft aus den bürgerlichen Eliten. Ganz im Sinne marktradikaler Ideologen soll sich der Staat auf vermeintliche Kernaufgaben zurückziehen, zu denen gerade nicht die soziale Sicherung der Bürgerinnen und Bürger gehört.

Nach mehr als zwanzig Jahren Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung, nach der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und der Preisgabe öffentlichen Besitzes spricht die AfD von einer »Expansion der Staatsaufgaben«. Was sich hier ausdrückt, ist die Weigerung des begüterten Bürgers, sich als Steuerzahler noch länger an der rudimentären Versorgung derer zu beteiligen, die in schlecht entlohnten, prekären oder gar keinen Arbeitsverhältnissen stehen. Folgerichtig tritt die Partei für die weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben ein: »Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.« Die geforderten »grundlegenden Reformen«, die »auch die Sozialversicherungen« betreffen sollen, lassen Schlimmes befürchten. Denn als Problem gilt nicht die für ein reiches Land skandalöse soziale Situation vieler Menschen, sondern die durch die Sozialabgaben entstehenden Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vor allem die Wirtschaft.
Wessen Interessen die Partei vertritt wird klar, wenn die »Überprüfung der Gewerbesteuer«, die Abschaffung der Vermögenssteuer und die »ersatzlose« Streichung der Erbschaftssteuer gefordert werden. Schließlich macht sich die AfD vor allem Sorgen um das Steuer- und Bankgeheimnis, das es wieder zu wahren gelte. »Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden.« Steuerflüchtlinge und BetrügerInnen vom Schlage eines Uli Hoeneß sind es, für die die AfD offensichtlich Politik machen will.

**National statt international:**
**Militarisierung und nationalistische Außenpolitik**

Den Gedanken einer internationalen Ordnung und die Existenz von »multinationalen Großstaaten« denunziert die AfD als »ideengeschichtlich alte Utopie«, die »stets großes Leid über die Menschen gebracht« habe. Dem entgegengestellt wird der ethnisch möglichst homogene Nationalstaat. Gegen den Gedanken der europäischen Integration steht die Partei für »ein Europa der Vaterländer« und eine Rückabwicklung der EU zu einer Freihandelszone. Politisch soll dieses Europa jedoch wieder in das Gegeneinander der Nationalstaaten zerfallen, das sich gegenwärtig abzeichnet. Den Euro will die AfD in jedem Fall verlassen, notfalls soll darüber eine Volksabstimmung entscheiden.
»Fremd«schulden, »Fremd«bestimmung und wohlmöglich »fremde« Kulturen in der EU sind der Hintergrund der EU-Kritik. Aus diesem Grund soll die deutsche Außenpolitik generell stärker national geprägt werden und weniger auf internationale Zusammenarbeit setzen. Letzteres denunziert die Partei als »orientierungslose Anpassungspolitik«, wodurch »zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern«. Dadurch sei Deutschland auf den Schutz anderer angewiesen und könne »eigene Interessen nicht angemessen vertreten«. Demgegenüber will die AfD die »nationalen Interessen« in den Mittelpunkt stellen, womit sie eine massive Aufrüstung und eine Militarisierung der Außenpolitik fordert.

**Flucht und Migration als Diskurs der Bedrohung**

Die gesamten Ausführungen des Programmentwurfs zu den Themen Flucht, Migration und Integration sind mit einem Bedrohungsszenario unterlegt: Bedrohung deutscher Kultur, Bedrohung deutscher Frauen, Bedrohung des wirtschaftlichen Erfolgs, Bedrohung der schulischen Leistungsfähigkeit und immer wieder Bedrohung durch Kriminalität, die durchweg mit Migrantinnen und Migranten in Zusammenhang gebracht wird. Ideologischer Hintergrund der AfD-Position zur Migration ist die ethnopluralistische Vorstellung, dass nur ethnisch homogene Gesell-




^ *Christen in der AfD gibt es viele – Aufmarsch im Oktober 2015 gegen Flüchtlinge in Berlin*

schaften stabil sind. So ist denn die größte Sorge der Partei bei diesem Thema die »unaufhaltsame Besiedlung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen«. Deutsche Identitätspolitik ist ein Kern der AfD und Migration wird als Angriff auf diesen Kern gewertet. AusländerInnenbehörden bezeichnet der Entwurf durchgehend als »Sicherheitsbehörden«, womit Zuwanderer automatisch zu Sicherheitsrisiken ernannt werden. Schließlich gehört für die Partei ganz klar der Islam »nicht zu Deutschland« und islamische Religionsausübung streng reglementiert.

**Familien- und Geschlechterbild**

Neben Menschen, die die AfD aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens nicht zur deutschen Leitkultur rechnet, richtet sich der Programmentwurf vor allem gegen Frauen und alle Lebensentwürfe, die einem konservativen Familienbild widersprechen. »Gender« ist das Teufelswort, gegen das das Schriftstück in geradezu manischer Art und Weise agitiert. Neben dem Islam gehe die größte Bedrohung von der »Gender-Ideologie« und alldem, was damit herbeiphantasiert werde, aus. Ziel ist der stärkere Rückbezug auf traditionelle Geschlechterrollen. Im Widerspruch dazu favorisierten die Wirtschaft und »ein falsch verstandener Feminismus« einseitig Frauen im Erwerbsleben, gegen die die Partei immer wieder die Mutterrolle hervorhebt. Denn deren Stärkung sei auch die Lösung der »demographischen Fehlentwicklung« in Deutschland, wohingegen die herrschende Politik dieses Problem durch »eine fortgesetzte (…) Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten« lösen wolle. Dies führe aber zur Erosion des sozialen Zusammenhalts, des gegenseitigen Vertrauens, der öffentlichen Sicherheit und zu einer »konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft«.
Gender-Forschung ist auch im Bildungsbereich das zentrale Feindbild der AfD. Behauptet man zwar generell, jede politische Einflussnahme auf Wissenschaft und Forschung abzulehnen, so heißt es hier apodiktisch: »Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.« Auch in der Schule soll die Thematisierung anderer Lebens- und Liebesformen, die das Programm als »Frühsexualisierung« denunziert, keinen Platz mehr haben.

**Rechtspopulismus, Kulturkampf und Attitüde der Systemkritik**

Der bisherige Erfolg der Partei gründet auf der selbstgewählten Attitüde als grundlegender Alternative zum etablierten Politikbetrieb. Diese Haltung ist allen Parteien des Rechtspopulismus zu Eigen; die AfD versteht sich als Ausdruck einer schweigenden Mehrheit, des »gesunden Menschenverstandes« und behauptet, für eine grundlegende Alternative zu stehen.
Dieses Selbstverständnis findet sich an vielen Stellen im Programm, vor allem in der Beschreibung der politischen Zustände: »Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. (…) Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.«
Diese Passage ist typisch für rechtspopulistische Argumentationen und verdeutlicht die Gegenüberstellung von »illegitimer«, weil vom Volk abgehobener, politischer Macht und dem Anspruch der AfD, die Interessen »des Volkes« zum Ausdruck zu bringen.

**Ausblick**

Vom Parteitag Ende April 2016 ist eine neuerliche Verschärfung bestimmter Passagen des Programms zu erwarten. Anträge zur Einschränkung islamischer Religionsausübung und zu weiteren rechten Zuspitzungen liegen bereits vor. Der Alternativentwurf aus Niederbayern entspricht in großen Teilen den neu-rechten Vorstellungen des Höcke-Flügels der Partei und wird von diesem auch offen favorisiert.
Entgegen der allgemeinen Deutung haben die Landtagswahlen zu einer Stärkung des bürgerlich-konservativen Flügels um Meuthen geführt. Während in Sachsen-Anhalt gut 200.000 Menschen die AfD gewählt haben, waren es in Baden-Württemberg gut 800.000. Der Landesverband im Südwesten repräsentiert knapp 4.000 Mitglieder der Partei, in Sachsen Anhalt sind es gut 300. Es ist also zu erwarten, dass sich dieser Flügel zukünftig stärker bemerkbar machen und den Richtungsstreit befeuern wird.




# Sachsen-Anhalt

Nach dem Wahlerfolg der »Alternative für Deutschland« in Sachsen-Anhalt rückt die politische Kultur des Landes spürbar nach rechts: Szenen eines rechten Triumphzuges.

**von Regina Hebestreit und Werner Golze**

Am 13. März 2016 hatte die »Alternative für Deutschland« (AfD) zur Wahlparty in ein Tagungszentrum am Rande der Altstadt von Magdeburg geladen. Schon am späten Nachmittag sickerte durch, dass die Rechtspartei deutlich mehr als die zuletzt prognostizierten 17 bis 18 Prozent erhalten werde. Wenig später ist klar: Sie erzielt in Sachsen-Anhalt 24,2 Prozent der Stimmen und erringt 15 Direktmandate. Eines der ersten ausführlichen Interviews des Abends gibt Spitzenkandidat André Poggenburg für »Compact TV«, den Videostream des gleichnamigen Printmagazins »Compact«. Chefredakteur Jürgen Elsässer hat sich im Erdgeschoss des Tagungszentrums mit einem improvisierten Fernsehstudio einquartiert und berichtet live. Er interviewt Poggenburg im Wechsel mit Götz Kubitschek, dem Chef des rechten Verlages »Antaios« und der Zeitschrift »Sezession«. Ganz auf der Linie des Thüringer AfD-Fraktionschefs Höcke verkündet Poggenburg, man werde weiterhin auf der Straße aktiv sein und sich nicht im Parlament in Gesetzesentwürfen und Anträgen verheddern. Doch als Elsässer von Poggenburg eine Strategie zum raschen Sturz des Regimes – gemeint ist die Bundesregierung – fordert, weicht dieser aus. Das sei zwar wünschenswert, man werde sich aber zunächst auf die Bundestagswahlen 2017 konzentrieren. Kubitschek hingegen sucht die Euphorie zu dämpfen. Er warnt vor einer »Oligarchisierung« der AfD im Parlament und lobt zugleich die ostdeutschen Landesverbände für ihren rechten Bewegungskurs.
Den VertreterInnen der anderen Parteien stand der Schock des Abends ins Gesicht geschrieben. Zwar hatte man einen Einzug der AfD in den Magdeburger Landtag bereits bei über zehn Prozent vorhergesagt. Dass es jedoch 24,2 Prozent wurden, hinterließ viele LandespolitikerInnen zunächst sprachlos. Zuletzt hatten die Demoskopen die Partei bei 19 Prozent gesehen. In den Tagen nach der Wahl wurden die Details bekannt. So hat die AfD südlich der Stadt Halle/Saale der CDU sämtliche Direktmandate abgenommen; in Bitterfeld erreichte sie mehr als 33 Prozent der Zweitstimmen. Im Nachgang wird zudem bekannt, dass der AfD ein weiterer Sitz zusteht, »DIE LINKE« hingegen einen abgeben muss. So kommt die Partei am Ende auf 25 Mandate im Landtag.
Die AfD hat nun Zugriff auf umfängliche finanzielle und personelle Ressourcen. Die Fraktion werde bis zu 30 MitarbeiterInnen einstellen, heißt es. Monatlich stehen ihr mehr als 100.000 Euro Finanzzuweisungen der Landtagsverwaltung zu. Hinzu kommen Wahlkreisbüros und ein Dienstwagen. Entgegen ihrem Vorhaben, preußische Tugenden wie Sparsamkeit zur Norm der Politik zu erheben, hat die Fraktion, der Poggenburg vorsteht, bereits ein pragmatisches Verhältnis zu Geld entwickelt. So konstituierte sie sich, um ihr im März zustehende Gelder noch beanspruchen zu können, am letztmöglichen Tag, dem 30. März.

**Rechte Vorreiter: der Landesverband Sachsen-Anhalt**

Bereits in der Amtszeit des ehemaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke hatte sich der Landesverband Sachsen-Anhalt rechtsaußen positioniert. André Poggenburg gehörte zu den Initiatoren der sogenannten »Erfurter Resolution« um den Thüringer Björn Höcke, die unter dem Namen »Der Flügel« im Sommer 2015 symbolträchtig zu einem Fest am Fuße des Kyffhäuserdenkmals im Süden Sachsen-Anhalts geladen hatten (s. drr Nr. 157). Noch vor seinen medienträchtigen Auftritten auf dem Erfurter Domplatz hatte Höcke seine völkischen Politikziele umrissen.
Poggenburg und Kubitschek pflegen einen »stabilen Kontakt«, wie es letzterer nach der Wahl im März beschrieb. Der Landesvorsitzende hat-

te sich 2015 für eine Mitgliedschaft Kubitscheks und seiner Frau, Ellen Kositza, in der AfD eingesetzt, zu einem Zeitpunkt, als dies der Bundesvorstand um Lucke und Henkel noch ablehnte. Zwar sind beide nicht Mitglieder der Partei, nach der völkisch-nationalistischen Wende der AfD ist das aber auch nicht mehr nötig. Kositza hatte laut »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) Anteil an der Ausgestaltung von Wahlkampfmaterialien der AfD Sachsen-Anhalt. Offensiv bot Kubitschek der neuen Landtagsfraktion nach der Wahl an, beim »Institut für Staatspolitik« (IfS) politische Expertise einzuholen. Öffentlich kokettierte er damit, Leute aus dem Umfeld des neu-rechten Think-Tanks seien durchaus als Mitarbeiter der Landtagsfraktion geeignet.

**Die AfD und völkische Ex-Neonazis**

Ein Sonntag Anfang April in Wernigerode im Harz: Die örtliche Gruppe der »Identitären Bewegung« (IB) hat zu einer Kundgebung unter dem Motto »Ein Licht in Wernigerode gegen die Flüchtlingspolitik« eingeladen. Bereits seit Wochen organisieren die IB-AnhängerInnen in den Harzstädten Halberstadt, Blankenburg und Wernigerode solche Aktionen. Heute ist der frischgebackene AfD-Landtagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt als Redner angekündigt. Vor etwa 50 Teilnehmenden vor dem Wernigeröder Rathaus redet er ganz in der Diktion der völkischen »Identitären« über »den großen Austausch« und den Mangel an »Reproduktion« der deutschen Bevölkerung. Unter den TeilnehmerInnen sind auch ehemalige AktivistInnen der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) und der zuvor im Harz aktiven Neonazi-Gruppe »Wernigeröder Aktionsfront«, die sich nun bei den »Identitären« beteiligen. Während Schmidt redet, bedrängen anwesende Neonazis ein Filmteam des MDR so lange, bis endlich die Polizei Einhalt gebietet. Angesprochen auf die Teilnahme Schmidts an der Kundgebung der »Identitären« äußert sich Fraktionschef Poggenburg gegenüber dem MDR, es gebe keine formale Verbindung der AfD zu den »Identitären«. Das ist zutreffend, sagt jedoch zur Frage der ideologischen Überschneidungen nichts aus.
Keine Berührungsängste zu den »Identitären« hat der Abgeordnete Hans Thomas Tillschneider. Anlässlich eines Vortrags bei der Gruppe »Kontrakultur« in Halle machte er klar, dass die »Identitären« zum engen Umfeld der AfD-Fraktion zählen. Es gehe darum, »Möglichkeiten gegenseitiger Unterstützung auszuloten«, berichtete die Gruppe bei Facebook. Bereits vor den Landtagswahlen hatte »Kontrakultur« auf sich aufmerksam gemacht. In einer nächtlichen Aktion wurde die Landesgeschäftsstelle der Migrantenselbstorganisation LAMSA zugemauert, um gegen eine von der Landeszentrale für politische Bildung unterstützte Probewahl für MigrantInnen zu protestieren. Am Tag danach setzten die Rechten ihre Propagandaaktion auf dem Markt in Halle unter Leitung des österreichischen »Identitären«-Obmanns Martin Sellner fort. Sellner hielt sich zu einer Art politischen Praktikums in Schnellroda auf, dem Sitz des IfS und des Verlags »Antaios«.
Ende April wurde bekannt, dass Jan Wenzel Schmidt den ehemaligen NPD-Kader Stefan Träger als persönlichen Mitarbeiter eingestellt hat. Die Entscheidung, Träger einzustellen, sei in der Fraktion umstritten gewesen, liege jedoch allein bei Schmidt, ließ der Fraktionsgeschäftsführer Roi die Presse wissen. Träger habe sich glaubhaft von der NPD distanziert, und die AfD bereits seit längerem unterstützt. Aufgrund seiner vormaligen NPD-Mitgliedschaft könne er jedoch gemäß Parteisatzung nicht der AfD beitreten.

**Ganz normal? Erste parlamentarische Schritte der AfD**

Einen Vorgeschmack auf die künftige politische Atmosphäre im Landtag gab es bei der konstituierenden Sitzung Mitte April. Da die AfD die stärkste Oppositionsfraktion stellt, hat sie Anspruch auf den Posten des ersten Landtagsvizepräsidenten. Für dieses Amt nominierte sie den Abgeordneten Daniel Rausch, nicht ohne die Fraktion »DIE LINKE« aufzufordern, aus Gründen der Steuerersparnis auf ihren Anspruch auf den zweiten Vizepräsidenten zu verzichten. Was dann in den Wahlgängen geschah, kam einem parlamentarischen Erdbeben gleich. Rausch erhielt offenkundig auch Stimmen aus der CDU-Fraktion, während der Kandidat von »DIE LINKE« im ersten Wahlgang durchfiel. Dieses Wahlverhalten eines Teils der christdemokratischen Abgeordneten wirft ein Schlaglicht auf deren Verhältnis zur AfD. Bereits wenige Tage später hieß es aus Kreisverbänden der CDU, langfristig solle man eine Koalition mit der Rechtspartei nicht ausschließen. Auch eine von der AfD tolerierte Minderheitsregierung der CDU sollen einige PolitikerInnen ins Gespräch gebracht haben. Die Wahl des Landtagsvizepräsidenten veranlasste die »Mitteldeutsche Zeitung« zu der Diagnose, im Landtag rieche es nach Weimarer Republik. Gemeint war der massive Rechtsruck in der CDU-Fraktion, dokumentiert im Stimmverhalten zu Gunsten von Rausch.
Das Selbstbewusstsein der AfD-Fraktion scheint keine Grenzen zu kennen. Keine Gelegenheit ließ Poggenburg in den ersten Wochen nach der Wahl aus, darüber Klage zu führen, dass und wie er und seine Fraktion von den »Altparteien« im Parlament schon jetzt diskriminiert würden. Die AfD hat angekündigt, sich einem Gewinnerthema oppositioneller Parteien zu widmen, den Abwassergebühren. Die Empörung gerade in ländlichen Regionen über die Forderung der Abwasserzweckverbände nach horrenden Nachzahlungen ist ein idealer Boden für populistische Kampagnen. Über die interne Gruppendynamik der AfD-Fraktion drang bislang nichts nach außen. Es steht jedoch zu erwarten, dass vor den inhaltlichen Fragen die Machtverteilung geklärt werden wird. Ob Poggenburg dabei der starke Mann in Partei und Fraktion bleiben wird, bezweifeln einige. Als eigentlicher Machtstratege gilt der aus Raguhn stammende Abgeordnete Daniel Roi, der im Hintergrund den Wahlkampf organisierte.




**Schwergewicht im Parlament**

Eine politische Strategie gegen die AfD ist im Land bislang nicht erkennbar. In den Wochen nach der Wahl war eine regelrechte Schockstarre bei AkteurInnen in Politik und Gesellschaft zu beobachten. In Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden hat eine Debatte darüber begonnen, wie eine Auseinandersetzung mit den Politikangeboten der rechten Partei aussehen kann und wie die aus dem Nicht-WählerInnenlager der AfD zugeströmten Stimmen wieder zurückgewonnen werden könnten. Das Spektrum der Vorschläge reicht von Dialogangeboten an die WählerInnenschaft über die Forderung nach einer Demokratieoffensive in der politischen Bildung bis zu Überlegungen, wie die Partei inhaltlich zu stellen sei. Die SPD ist mit 10,2 Prozent regelrecht abgestraft worden, die Grünen sind mit knapp fünf Prozent gerade so wieder in den Landtag eingezogen. Die sachsen-anhaltischen ChristdemokratInnen unterschieden sich von den sächsischen bislang durch ihre demonstrative Ideologieferne. Niemand in der Partei ritt bisher polarisierende national-konservative Steckenpferde. Ob die CDU unter dem Druck von rechts bei diesem pragmatischen Kurs bleibt, gilt abzuwarten. Neuwahlen hingegen müssten alle Parteien außer der AfD fürchten, die in diesem Falle noch stärker als zuvor abschneiden dürfte.
Starke Verluste musste auch »DIE LINKE« hinnehmen. Ihr fehlt es künftig schlicht an Ressourcen und Personal, die Auseinandersetzung mit der Rechtspartei mit besonderem, die Politikbereiche übergreifendem Augenmerk zu führen. Zwar ist die AfD nur in der Opposition, doch sie hat durch ihr Schwergewicht im Parlament schon jetzt die politischen Koordinaten des Landes Sachsen-Anhalt nach rechts verschoben.

# Brandenburg

Seit eineinhalb Jahren ist die AfD mit einer Fraktion im Brandenburger Landtag vertreten – Zeit für eine Zwischenbilanz.

**von Sven Kames**



Und am Ende gab es doch keine Party für Alexander Gauland. Mit allem Pomp wollte der Landes- und Fraktionschef der AfD im März dieses Jahres im Brandenburger Landtagsschloss seinen 75. Geburtstag feiern. Die Parlamentsverwaltung sagte die Feier ab: Es gebe keinen Bezug zur politischen Arbeit der Fraktion und im Landtag dürften keine Privatevents stattfinden.

Gut eineinhalb Jahre ist der AfD-Erfolg im September 2014 nun her, als die neue Partei aus dem Stand 12,2 Prozent der Stimmen errang und mit elf Mandaten in den Landtag einzog. Bisher konnte freilich die AfD mit ihrer Politik kaum überzeugen. Eine Umfrage im März ergab, dass gerade einmal vier Prozent der brandenburgischen WählerInnen der Ansicht sind, die AfD habe im Bundesland schon etwas zum Besseren bewirkt. Sogar unter erklärten AfD-AnhängerInnen liegt dieser Wert bei desaströsen 14 Prozent. Die anhaltende Debatte zur »Flüchtlingskrise« auf Bundesebene spielt der AfD gleichwohl in die Hände. Gleiche Umfrage: Satte 19 Prozent würden die AfD wählen, wenn Landtagswahlen anstünden.

**Isolation durch Provokation**

In der parlamentarischen Praxis isoliert sich die AfD derweil mit gezielten Provokationen. Gauland nennt Flüchtlingsheime in Landtagsdebatten »Brutstätten der Gewalt« und FlüchtlingshelferInnen beschimpft er als »nützliche Idioten«. Nachdem in Nauen Neonazis eine als Flüchtlingsunterkunft vorgesehene Turnhalle niedergebrannt hatten, kommentierte Gauland, die »Verantwortung für solche Taten« liege »in erster Linie bei den Politikern der Altparteien«.

Solchen Ausfällen ist es geschuldet, dass die sogenannten »Kartellparteien« Distanz halten – keine gemeinsame Arbeit, keine Kooperation auf Fraktionsebene. Anträge der AfD werden abgelehnt; bei Debatten zu Flüchtlingsthemen haben die restlichen Parteien vereinbart, dass jeweils nur ein Abgeordneter im Namen aller vier Fraktionen auf Anträge der AfD antwortet. Dieser Umgang schmerzt die AfD reichlich, hat er doch sein Vorbild im Umgang des Landtags in Mecklenburg-Vorpommern mit der neonazistischen NPD. Die einzige erkennbare Ausnahme zum Abgrenzungskurs ist die ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Saskia Ludwig. Die Rechtsauslegerin ist inzwischen gefühlt häufiger bei AfD-Veranstaltungen als bei denen ihrer eigenen Partei anzutreffen.

Obwohl die AfD provoziert und pöbelt, will sie auch im landesweiten Politikbetrieb ankommen. Der Versuch, eine Geburtstagsparty im Landtag auszurichten, ist in diesem Sinne zu verstehen, genauso die dauernden Lamenti über angebliche Benachteiligungen. Die Abgeordneten versuchen auch außerhalb des Landtages eine Beteiligung durchzusetzen. Als der Landesjugendring eine Anmeldung des AfD-Abgeordneten Steffen Königer zu einem Workshop über Arbeit mit Flüchtlingsjugendlichen zurückwies, lief die Partei Sturm gegen den Jugendverband. Message: Wir wollen überall dabei sein dürfen und das werden wir auch durchfechten.

**Die Partei »für den kleinen Mann«**

Politisch versucht sich die AfD als Interessenvertretung des »kleinen Mannes« zu profilieren, in Konkurrenz zur mitregierenden Linkspartei, in zwangsläufiger Feindschaft zu den oppositionellen Grünen und in Abgrenzung zur als linksgewandt verstandenen CDU. Wirtschaftsliberale Töne sind von der brandenburgischen AfD kaum zu vernehmen; zum Beispiel betont die Partei, man stehe selbstverständlich zum gesetzlich verbindlichen Mindestlohn. Die Abwahl von Bernd Lucke auf Bundesebene zog in Brandenburg gerade einmal rund 30 Parteiaustritte nach sich und die AfD-Abspaltung »Alfa« ist völlig bedeutungslos.

Hauptthemen sind die als solche identifizierten Sorgen des »kleinen Mannes«. Das war im Landtagswahlkampf 2014 vor allem die Kriminalität in den Regionen nahe der polnischen Grenze. Seit Sommer 2015 ist es die Ablehnung von Flüchtlingen. Zahlreiche Tiraden in Landtagsdebatten, dutzende parlamentarische Anfragen in immer neuen Variationen deuten darauf hin. Engagiert zeigt sich die frühzeitig von elf auf zehn Abgeordnete reduzierte Fraktion auch in der Formulierung von Anfragen zum Thema »Linksextremismus«. Auf der Suche nach möglichen Skandalen wird etwa gefragt, wie viele offene Haftbefehle es gegen »Linksextreme« im Land gebe. Weil die Anfragen kaum fundiert sind, fallen die Regierungsantworten in der Regel einsilbig aus: »Im Land Brandenburg ist derzeit keine entsprechende Person gemeldet.« Die Mitarbeit der AfD-Abgeordneten in den Fachausschüssen beschränkt sich ebenfalls größtenteils auf provokante Nachfragen, die Detail- und Sacharbeit steht hintenan.

**Die AfD auf der Straße**

Weniger beachtet, aber für die AfD-Entwicklung immens bedeutsam: Die Partei hat sich seit dem Herbst 2015 als regelrechte Bewegungspartei



^ *Alexander Gauland*

den flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen im Bundesland angedient. Die Stellungnahmen für die Dresdener PEGIDA-Demonstrationen aus Brandenburg waren nur ein Anfang. Die Partei veranstaltet Aufzüge, geht Bündnisse mit rassistischen Initiativen ein, unterstützt durch Redebeiträge. Zwischen die rassistischen Straßenaktivitäten und die AfD passt kein Blatt. Wer kann schon genau sagen, ob zum Beispiel eine Demonstration im vergangenen Herbst in Prenzlau von der AfD oder den extrem rechten »BB-Patrioten« veranstaltet wurde – beide warben auf ihren Kanälen dafür, Neonazis nahmen massenhaft teil, am Rande wurde der Hitlergruß gezeigt. Hauptredner und Einheizer: AfD-Parlamentarier Andreas Kalbitz. Im Spreewald beteiligen sich AfDlerInnen fleißig an den Aufmärschen der Initiative »Zukunft Heimat«, deren stilistische und womöglich auch personelle Verquickung mit der verbotenen Neonazigruppe »Spreelichter« Gegenstand mancher Presseartikel war. Schaden tut's nicht, im Gegenteil. Bei den Bürgermeisterwahlen in Lübbenau im März holte der vorneweg mitdemonstrierende AfD-Kandidat Marian von Stürmer satte 34 Prozent der Stimmen.

**Am rechten Rand**

Verbiegen muss sich die AfD für solche Bündnisse nicht. Formelle Bekenntnisse gegen Rechtsextremismus sind billig zu haben. Aber Gaulands Diktum »Wer früher in NPD oder DVU war, darf bei uns nicht Mitglied werden«, gilt im Ernstfall dann doch nicht. Dass der 22-jährige Fraktionsmitarbeiter Alexander Salomon jahrelang NPD-Mitglied war, wurde nach Bekanntwerden zunächst abgestritten. Als dann Beweise vorlagen, schwenkte Gauland um: »Herr Salomon war im Alter von 15 oder 16 Jahren in der NPD. Ich finde es nicht richtig, ihm das ein Leben lang vorzuhalten.« Auch andere Fraktionsmitarbeiter sind einschlägig bekannt, aber nicht Gegenstand von öffentlichen Kontroversen. Lion Edler etwa, Mitarbeiter in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, ist nebenbei eifriger Autor für das neu-rechts-libertäre Blatt »eigentümlich frei«. Mit der AfD schwappen somit neu-rechtes Personal, Sprachduktus und Argumentationslinien in die Brandenburger Politik.
Diejenigen Abgeordneten, die ein nennenswertes politisches Vorleben haben, sind zumeist der extremen Rechten nicht fern gewesen: Andreas Galau (»Die Republikaner«), Sven Schröder (»PRO Deutschland«), Rainer van Raemdonck, Thomas Jung (beide »Die Freiheit«), Steffen Königer (»Bund Freier Bürger«, Redakteur »Junge Freiheit«). Eine Auflistung der Verstrickungen des Abgeordneten Andreas Kalbitz in die extreme Rechte würde den Rahmen dieses Textes sprengen. Zuletzt hatte er erst nach massiver öffentlicher Kritik und den üblichen Leugnungs- und Kleinredepirouetten den Vorsitz beim eindeutig extrem rechten »Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit e. V.« niedergelegt. Gauland referiert seit der Wahl immer wieder bei einschlägigen Rechtsaußenvereinen, wie der Berliner »Bibliothek des Konservatismus«, bei einer »Friedenskonferenz« des »Compact«-Magazins und bei der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« in Hamburg. Von der Abgeordneten Birgit Bessin ist kein politisches Vorleben bekannt, sie tritt seit 2015 jedoch ebenfalls als Exponentin des äußersten rechten Flügels der Partei in Erscheinung, etwa anhand ihrer Kontakte zum Organisationsteam der Dresdener PEGIDA oder als Unterzeichnerin der »Erfurter Resolution« für einen Rechtsschwenk der Partei.
In den Parteigliederungen tummeln sich weitere angebräunte Persönlichkeiten. Nach der Wahl fiel der frisch gewählte Abgeordnete Christoph Hein, Gaulands Schwiegersohn, in Ungnade, weil er Parteiinterna an die Presse weitergegeben hatte. Nachfolger sollte Jan-Ullrich Weiß werden. Der postete jedoch harsche antisemitische Karikaturen auf Facebook und sollte darum sogar aus der Partei ausgeschlossen werden. Das Landesschiedsgericht votierte für den Geschassten, der nun weiterhin in der Uckermark die Webseite der Partei verantwortet.

**»NPD light«**

Für die Unterstützung der Straßenpolitik ist die Potsdamer Landtagsfraktion eine Basis. Dort gibt es eigens abgestellte Referenten für Veranstaltungen. Mitarbeiter Jean-Pascal Hohm ist gleichzeitig Landeschef der »Jungen Alternative« und selbst Organisator entsprechender Aufmärsche. Hinzu kommen etliche »Bürgerdialoge« genannte Saalveranstaltungen. Die Wahlkreisbüros der Abgeordneten helfen zusätzlich beim Strukturaufbau, genauso die 180 kommunalen Mandate (davon 39 auf Kreisebene), welche die Partei seit den Kommunalwahlen im Mai 2014 hält. Die AfD ist inzwischen flächendeckend im Land mit Kreisverbänden vertreten. Die Brandenburger Fraktion bemüht sich gleichzeitig um Anerkennung bei und Abgrenzung zu den »Kartellparteien«, dient sich rassistischen Straßenprotesten an und baut Strukturen aus. Solange das »Flüchtlingsthema« zieht, bleibt die Partei wohl erfolgreich – als Protestkatalysator, als faktische »NPD light«, für die eine tatsächliche Grenzziehung nach Rechtsaußen inopportun ist.
Gaulands politische Karriere im Landtag Brandenburg wird wohl in nicht allzu ferner Zukunft enden. Er wolle sich lieber 2017 in den Bundestag wählen lassen, wenn die Gesundheit es denn zulasse, verkündete er kürzlich, auf Landesebene erneut anzutreten schloss er aus. Als »Kronprinz« für seine Nachfolge im Landesverband wird Hardliner Andreas Kalbitz gehandelt, der seit November auch Vizechef des Landesverbandes ist. Eine Mäßigung der Brandenburger AfD ist somit nicht zu erwarten.




# Thüringen

Die »Alternative für Deutschland« in Thüringen trägt offensiv rechte Ideologie ins Parlament und die Öffentlichkeit. Die Partei bemühte sich um die Mobilisierung der Straßen.

**von Ernst Kovahl**

Kaum einen öffentlichen Auftritt ließ Björn Höcke bislang aus. Doch nun verließ ihn offenbar der Mut. Der »Mitteldeutsche Rundfunk« (MDR) wollte für den 9. Mai neben den Thüringer Fraktions- und Parteivorsitzenden von CDU und »DIE LINKE« auch den Partei- und Fraktionschef der »Alternative für Deutschland« im Freistaat in die populäre Fernsehdebatte »Fakt ist!« einladen, um über »Polarisierung in der öffentlichen Debatte« zu diskutieren. Höcke selbst ist ein Scharfmacher – das fällt immer wieder bei seinen Reden im Landtag und bei den Aufmärschen der »Alternative für Deutschland« (AfD) vor dem Erfurter Dom und dem Landesparlament auf. Ministerpräsident Bodo Ramelow (»DIE LINKE«) nannte ihn beispielsweise »Hassprediger im eleganten Nadelstreifen«, dessen Reden »ganz bewusst mit verbalen Anleihen am SA-Jargon« spielen. Nun, Anfang Mai 2016 und nur wenige Tage nach dem Bundesparteitag der AfD in Stuttgart, dessen Ausgang wieder einmal unvorhersehbar war, wollte Höcke sich offenbar nicht dort ins Rampenlicht begeben, wo ihm Gegenwind droht. Angesichts des erneuten Machtkampfes in der Partei zwischen der Bundesvorsitzenden Frauke Petry und dem Rechtsaußen-Flügel (Björn Höcke, Alexander Gauland, André Poggenburg) und dem Trubel um seine Person aufgrund einer Demonstration gegen die AfD in seinem Wohnort im nordthüringischen Bornhagen meidet er offenbar Auftritte in unsicherem Gelände. In Stuttgart dagegen, beim Bundesparteitag, war ihm der Applaus sicher, als er verspätet und mitten hinein in die Debatten um Satzungsänderungsanträge platzte. Sein Einmarsch durch die Sitzreihen wirkte inszeniert.

**Wahlerfolg**

Gut 99.500 WählerInnen (10,6 Prozent) hatten bei der Landtagswahl am 14. September 2014 in Thüringen ihr Kreuz bei der AfD gemacht – 11 Parlamentssitze gewann die Partei. Vor allem in Ostthüringen erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse (Greiz I: 14,0 Prozent / Saale-Holzland-Kreis II: 14,2 Prozent), aber auch in dem südlich der Landeshauptstadt Erfurt gelegenen Ilmkreis II (15,2 Prozent).

In den Hochburgen Saale-Holzland-Kreis und Ilmkreis kandidierten für die AfD Personen, die vor Ort seit längerem öffentlich bekannt sind. Unterdurchschnittlich blieb die AfD dagegen in den nördlichen und westlichen Regionen des Freistaates, die an Hessen und Niedersachsen angrenzen, sowie in Jena und Weimar. Dass es die AfD in Thüringen über die Fünf-Prozent-Hürde schaffte war absehbar, hatten doch schon bei der Bundestagswahl im September 2013 6,2 Prozent und bei der Europawahl im Mai 2014 7,4 Prozent der ThüringerInnen dort ihr Kreuz gemacht. In der Kommunalpolitik spielt die AfD hier bisher keine Rolle. Bei den letzten Wahlen zog sie nur in drei Kommunalparlamente ein.

**Scharfmacher**

Die Landtagsfraktion wählte Höcke zu ihrem Vorsitzenden, die Juristin Wiebke Muhsal (Jena) und den Rechtsanwalt Stephan Brandner (Gera) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde der Unternehmensjurist und Rechtsanwalt Stefan Möller (Erfurt). Weitere Abgeordnete sind der Finanz- und Versicherungsmakler Olaf Kießling (Frankenhain/Ilmkreis), die Zahnärztin Corinna Herold (Erfurt), der Frührentner Jörg Henke (Crossen/Saale-Holzland-Kreis) und der Immobilienmakler Thomas Rudy (Gößnitz/Altenburger Land). Höcke und Möller sind auch Vorstandssprecher des Landesverbandes der Partei, die seit einigen Monaten im Erfurter Ortsteil Dittelstedt über eine Landesgeschäftsstelle und mit der »Thüringen Post« über eine eigene Zeitschrift verfügt. Die Abgeordnete Muhsal ist zudem Landesvorsitzende der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« in Thüringen.

**Staatlich subventioniert**

Finanziell geht es der jungen Partei gut. 2015 nahm sie 387.175,41 Euro ein, davon über 100.000 Euro durch Spenden und gut 38.000 Euro durch Zuwendungen durch die MandatsträgerInnen. Ein großer Teil der Einnahmen entfiel auf Wahlkampfkostenrückerstattung. Zum Vergleich: Vor dem Einzug in das Thüringer Landesparlament hatte die Partei ausweislich ihres Rechenschaftsberichtes nur Einnahmen von gut 77.000 Euro (2013).

Die AfD-Landtagsfraktion erhält derzeit monatlich aus Steuermitteln – orientiert man sich an den Zahlen aus dem Abgeordnetengesetz und dem Landeshaushalt – gut 45.200 Euro, also 543.000 Euro im Jahr für ihre Arbeit. Damit werden MitarbeiterInnen und die politische Arbeit der Fraktion finanziert. Die Abgeordneten erhalten zudem monatlich je 5.030 Euro Grunddiät und eine Aufwandsentschädigung für ihre Arbeit in Höhe von 1.256 Euro, eine volle Stelle für eineN MitarbeiterIn im Wahlkreisbüro sowie die Büroausstattung im Landtag. Höcke erhält als Fraktionsvorsitzender die doppelte Grunddiät und hat Anspruch auf einen vom Landtag bezahlten Fahrer und eine Dienstlimousine.

**»Neu-rechte« Orientierung**

Nachdem die Thüringer AfD in ihrer Gründungsphase durch Personalquerelen auffiel, wurde der Streit um die Ausrichtung mit Blick auf die Landtagswahl im Herbst 2014 rechtzeitig beendet. Die liberal-konservative Vorsitzende Michaela Merz war schon im Februar 2014 zurückgetreten. Deutlich kritisierte sie den Rechtskurs des Verbandes. Nach den Wahlerfolgen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen trat sie aus der Partei aus, da eine Korrektur des Rechtsschwenks nicht mehr möglich sei. Neuer Vorsitzender wurde Höcke, der aus dem Milieu der »Neuen Rechten« stammt. Das legt ein Kommentar des rechten Aktivisten Götz Kubitschek (Zeitschrift »Sezession« und Verlag »Edition Antaios«) nahe, der im Oktober 2014 über Höcke schrieb, er gehöre zu den Leuten, die er »im Verlauf unserer langjährigen Verlagsarbeit, im Wandervogel, beim Militär oder auf einer der mittlerweile zahllosen Veranstaltungen des Instituts für Staatspolitik (IfS) kennengelernt habe und von denen wir eines nicht erwartet hätten: parteipolitisches Engagement«. Bei seinem medial viel beachteten und scharf kritisierten Auftritt Ende November 2015 bei der »Winterakademie« des IfS in Schnellroda in Sachsen-Anhalt zum Thema »Ansturm auf Europa« zeigte Höcke deutlich seine Verbundenheit mit dem Institut. Der Ort sei für ihn, der in seinen Reden zur blumig-überzogenen Sprache der »Neuen Rechten« tendiert, »eine Oase der geistigen Regeneration« und »ein Labsal«.

Gezielt bedient der 1972 in Nordrhein-Westfalen geborene Höcke Medien der extremen Rechten. Kurz vor der Landtagswahl 2014 gab Höcke dem neu-rechten Online-Portal »Blaue Narzisse« ein Interview, im Oktober 2014 druckte die neonazistische »Zuerst!« ein Gespräch mit ihm ab und im Februar 2015 sprach er mit dem rechten und verschwörungstheoretischen Blatt »Compact« (Nr. 2/2015). In den Interviews polemisierte er gegen die Migrationspolitik, schürte Ängste vor dem Islam und bekannte sich zu Positionen der »Identitären«. Höcke wähnt seine Partei auf »historischer Mission«. Politik sei für ihn »Dienst an Volk und Vaterland«. Es gehe um die »Frage nach der Identität« der Deutschen, um »gesunden Patriotismus« sowie den Kampf gegen »70 Jahre Dauerneurose« der BRD und die »politische Korrektheit«. Verschwörungstheoretisch raunte er, seine Kritik am »american way of life« und dem »Materialismus« der USA, meine »im Wesentlichen eine kleine Elite«. Dass der Verband nach ganz rechts außen tendiert war spätestens im Dezember 2013 erkennbar, als die Partei zur Erarbeitung ihres Landtagswahlprogramms den neu-rechten Autoren Günter Scholdt für ein Grundsatzreferat einlud. Dass dann 2015 Höcke und die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion den Aufruf »Erfurter Resolution« unterzeichneten, der sich für einen klaren Rechtskurs der Partei aussprach, war nur folgerichtig.

**Austritte**

Aufgrund der Ausrichtung des Landesverbandes traten 2015 drei der elf Abgeordneten aus der AfD-Fraktion aus. Siegfried Gentele (Harztor/Landkreis Nordhausen) wechselte erst zur AfD-Abspaltung »Alfa« und schließlich im März 2016 in die konservative »Familienpartei«, Jens Krumpe (Erfurt) blieb bisher partei- und fraktionslos und der Rechtsanwalt Oskar Helmerich (Erfurt) trat im April 2016 der Landtags- und Erfurter Stadtratsfraktion der SPD bei. Er hatte sich zuletzt vor Gericht mit Höcke erbittert darum gestritten, ob in der Vergangenheit aus der Kasse der AfD-Fraktion der IfS-nahe »Verlag Antaios« mit mehreren Tausend Euro unterstützt worden sei. Helmerich, der das in der Presse behauptet hatte, unterlag gegen Höcke vor Gericht.

**Provokationen**

Von Anfang an setzte die Thüringer AfD auf Provokationen und einen klaren Rechtskurs. So wollte sie beispielsweise anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2015 in der Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz ablegen, mit dem nicht nur der Opfer des NS-Konzentrationslagers gedacht werden sollte, sondern aller »Opfer des Konzentrations- und Speziallagers Buchenwald«. Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus waren auf dem Gelände bis 1950 auch Deutsche, vorrangig Funktionsträger der NSDAP, in einem sowjetischen »Speziallager« inhaftiert gewesen. Der Leiter der Gedenkstätte untersagte die Aufschrift der AfD. Schließlich legte Höcke einen Kranz mit der Aufschrift »In stillem Gedenken« ab – eine bewusst gewählte Leerformel. Denn Höcke ließ sich schon einmal mit den Worten zitieren: »Ich meine, dass es in einer freien Gesellschaft möglich sein muss, auch über das Dritte Reich unorthodoxe Meinungen zu äußern.«

Auch im Landtag tritt die Partei provozierend auf – das bevorzugte Angriffsziel sind Abgeordnete der Linkspartei (»Rotfaschisten«, »Grundgesetzschänder«) und der Grünen. Thematisch geht es in Anfragen, Anträgen und Reden vor allem um eine verschärfte Flüchtlings- und Innenpolitik, gegen den »Asyl-Wahnsinn«, um rechte geschichtspolitische Themen, den Kampf gegen die »Gender Ideologie« und »Linksextremismus«, gegen die »Lügenpresse«, gegen das »Politikversagen der Altparteien« und gegen die »Verschärfung des Waffenrechts« – kurz, das klassische Repertoire einer Partei der extremen Rechten. Die Reden des Fraktionsvorsitzenden sind dabei mit den Schlagworten der »Neuen intellektuellen Rechten« und der »Identitären Bewegung« durchsetzt, immer wieder werden den AfD-Abgeordneten Ordnungsrufe für beleidigende Aussagen erteilt. Und in der Debatte um die Einführung eines Gedenktages zum 8. Mai raunte der AfD-Abgeordnete Kießling in verschwörungstheoretischer Manier mit Blick auf die beiden Weltkriege: »Wer finanzierte diese Weltkriege? Man muss mal ganz klar die Frage stellen. Ja, da muss man fragen: Wer hat denn den ersten Schuss abgegeben, bevor die Kriegserklärung abgegeben wurde (…).«

**Verankerung**

Mit ihren Abgeordneten, den Büros quer durchs Land, dem Geld für politische Arbeit und Jobs hat die AfD nun eine feste organisatorische Basis, um sich zu verankern. Die Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Fraktion machen die Partei auch attraktiv für rechte Intellektuelle. So hat beispielsweise bereits der Politikwissenschaftler Michael Henkel als Mitarbeiter angeheuert, der in Publikationen der »Junge Freiheit«-nahen »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« publizierte. Auch der ehemalige Bundessprecher der »Deutschen Burschenschaft« Torben Braga arbeitet für die Fraktion. Das Potential der rechten Einstellungen in der Gesellschaft, das Jahr für Jahr durch die Universität Jena mit dem »Thüringen Monitor« erhoben wird, hat in der AfD seine politische Heimat gefunden – im Parlament und als mobilisierungsstarke Organisatorin von Aufmärschen gegen die Flüchtlingspolitik mit teils mehreren Tausend TeilnehmerInnen in Erfurt.

# Bremen

Ihren Erfolg bei den Wahlen im Mai 2015 hat die »Alternative für Deutschland« in Bremen selbst zunichte gemacht. Austritte, Spaltungen und Streit schwächen den Verband bis heute.

**von Clara Heinrich**

Die Bremer »Alternative für Deutschland« (AfD) spielt im Vergleich der Landesparlamente eine Sonderrolle. Im Mai 2015 erreichte sie bei den Landtagswahlen 5,5 Prozent der Stimmen und vier Mandate (Christian Schäfer, Piet Leidreiter, Klaus Remkes und Alexander Tassis) in der Bremischen Bürgerschaft. Das Ergebnis reichte allerdings nicht für den finanziell wichtigen Status als Fraktion im Parlament – dafür sind in Bremen fünf Mandate notwendig. Die AfD-Gruppe in der Bürgerschaft zerbrach schon wenig später im Zuge der Auseinandersetzungen auf der Bundesebene der Partei zwischen Bernd Lucke und Frauke Petry beim außerordentlichen AfD-Bundesparteitag im Sommer 2015 in Essen. Während drei Bremer Bürgerschaftsabgeordnete zusammen mit Lucke vorzeitig abreisten, jubelte der vierte frenetisch der neuen Bundesvorsitzenden Petry zu. Heute bilden die Ex-AfDler Schäfer, der ehemalige Bundesschatzmeister Leidreiter und Remkes die parlamentarische Gruppe der Lucke-Splitterpartei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA). Schäfer und Leidreiter gehören zur Bremischen Oberschicht. Sie haben über ihre berufliche Selbstständigkeit als Innenarchitekt für Jachten und als Steuerberater ein wirtschaftliches Interesse an politischer Anschlussfähigkeit. Beide distanzierten sich nach ihrem Übertritt zur ALFA öffentlich vom verschärften Rechtskurs der AfD.

**Austritte und Streit**

Einzig verbliebener AfD-Landtagsabgeordneter ist Alexander Tassis. Er war früher im Vorstand des Stadtverbandes der Bremer CDU und kokettiert mit seinem griechischen Migrationshintergrund und seiner Homosexualität. Tassis ist im Vorstand des »Bundesarbeitskreises Homosexuelle in der AfD«, Mitglied der Programmkommission und glühender Anhänger des thüringischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden der AfD, Björn Höcke. In der Bremer Tageszeitung »Weserkurier« vom 6. März 2016 sprach er vor kurzem Syrern aus Aleppo den Flüchtlingsstatus ab und forderte die Ausweisung von Mitgliedern der Moscheen der »Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V.«. Tassis tourt überregional durch die Kreisverbände der Partei und hält als studierter Historiker Vorträge – unter anderem zum »Wert der Deutschen Nation« oder »Wege aus der Asylkrise«. Ihm werden Ambitionen auf ein Bundestagsmandat nachgesagt. Zuletzt wurde ein größerer Konflikt zwischen Tassis und dem Bremer Landesvorsitzenden Frank Magnitz bekannt, bei dem es mehr um Posten und persönliche Loyalitäten als um inhaltliche Differenzen geht: Tassis versucht den Landesvorstand mit Vertrauten zu besetzen, bei einem Streit kam es nach Angaben der Tageszeitung »Weser-Kurier« zu Handgreiflichkeiten und gegenseitigen Strafanzeigen. Mittlerweile wurden die Verfahren eingestellt. Aktuell läuft ein Ausschlussverfahren des Landesvorstands gegen Tassis.

**Am rechten Rand**

AfD und ALFA sind im parlamentarischen Betrieb Bremens fast nicht wahrnehmbar. In zwölf Monaten haben beide zusammen nur einen einzigen Antrag gestellt. Die Sichtbarkeit der Gruppe ALFA besteht in gesponserter Werbung bei Facebook. Die Mitgliederbasis der Kleinstpartei dürfte auch in Bremen überschaubar sein. Neben AfD und ALFA gibt es in Bremerhaven mit den »Bürgern in Wut« (BIW) eine etablierte rechtspopulistische Kraft, die seit 2007 durchgehend im Landtag vertreten ist (2,7 Prozent in Bremen-Stadt, 6,5 Prozent in Bremerhaven / ein Mandat). Die BIW sind ein Spaltprodukt der früheren »Schillpartei«. Ihr Vorsitzender und Landtagsabgeordneter Jan Timke, ehemaliger Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes, ist politisch zwischen Lucke und Petry anzusiedeln. Als der Kommunalpolitiker Fritjof Balz, bekannter Organisator einer rassistischen »Nein-zum-Heim-Initiative« in Bremen-Blumenthal, nach den Wahlen von der BIW zur AfD wechseln wollte, intervenierte der Bundesvorstand der AfD und verhinderte den Parteieintritt. Balz beklagte anschließend, dass die Parteigremien in Bremen an dieser Entscheidung nicht beteiligt gewesen seien. Ob beim Veto des Bundesvorstands die persönliche Nähe von Balz zum neonazistischen Bremer Hooligan-Milieu eine Rolle spielte, ist unklar. Allerdings dokumentieren Fotos seine Teilnahme an kleineren Aktionen des HoGeSa-Nachfolgers »Gemeinsam-Stark Deutschland«.

**Heterogenes Personal**

Die Bremer AfD hat nach eigenen Angaben gut 120 Mitglieder. In einigen Stadtteilen ist die AfD in den ehrenamtlichen Quartiersparlamenten (»Beiräte«) aktiv. Auffällig ist, dass die Partei quer durch Stadtteile, soziale Schichten und Altersgruppen WählerInnen mobilisieren konnte. Ähnlich heterogen wie die WählerInnenschaft sind auch die öffentlich auftretenden AfD-PolitikerInnen. In der subkulturell geprägten Neustadt vertritt zum Beispiel mit Jürgen Hauschild ein ehemaliger »ver.di«-Betriebsrat die AfD im Stadtteilbeirat, in Walle ist es mit Gerald Höns ein erklärter Fan von Nazibunkern, in Bremen-Vegesack erläuterte Ute Dopke die Gefahren von Chemtrails, und in Bremerhaven leugnet Thomas Jürgewitz den CO2-basierten Klimawandel und warnt angesichts drogenpolitischer Reformdebatten vor einem »Kifferstaat linker Gutmenschen«. Jürgewitz hofft aktuell auf ein anhängiges Verfahren beim Bremer Verfassungsgericht, mit dem er ein um wenige Stimmen verpasstes Landtagsmandat aufgrund angeblicher Auszählfehler im Nachhinein erstreiten will. Die Gründung eines Bremer Jugendverbands der AfD ist zwar seit längerem in Vorbereitung, allerdings noch nicht vollzogen.
Insgesamt ist die AfD in Bremen schlecht aufgestellt. Wahlkampfveranstaltungen wurden durch antifaschistische Interventionen immer wieder erheblich gestört und mussten teilweise sogar abgesagt werden. Im Januar 2015, also noch vor dem großen medialen Hype um die Rechtspartei, demonstrierten bis zu 10.000 Menschen in Bremen gegen den Bundesparteitag in der Stadt. Seitdem haben sich die politischen Kräfteverhältnisse nicht verändert.

# Hamburg

Vor gut einem Jahr, am 15. Februar 2015, zog die »Alternative für Deutschland« mit 6,1 Prozent der Stimmen und damals acht Abgeordneten in die Hamburger Bürgerschaft ein. Es war der erste Einzug in ein westdeutsches Parlament.

**von Felix Krebs**




^ *Jörg Kruse*

Die anfänglich von einigen Medien noch attestierte hanseatische Zurückhaltung der Hamburger »Alternative für Deutschland« (AfD) wich spätestens mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen seit Herbst 2015 teilweise rabiater Agitation gegen diese und vor allem gegen Muslime. Auch im Norden hat die Partei längst den Schwenk von der euro-feindlichen Rhetorik hin zu wenig verbrämtem Rassismus vollzogen, um an vorhandene Ressentiments anknüpfen zu können. Die Anprangerung von politischen GegnerInnen hatte zwischenzeitlich Morddrohungen zur Folge.

**Das Personal**

Neben dem Fraktionsvorsitzenden Jörn Kruse, welcher immer noch zu den (bundesweit) am häufigsten interviewten AfD-LandespolitikerInnen gehört, tritt vor allem Dr. Bernd Baumann für die AfD in der Bürgerschaft und den Medien auf. Er gilt vielen als der klügste und gleichzeitig medienkompatible Kopf in der Fraktion. Allerdings weiß auch er die Klaviatur von Ängsten, Vorurteilen und Rassismus zu spielen. Im Oktober wurde Baumann zum neuen Landesvorsitzenden der Hamburger AfD gewählt, weil Kruse zuvor von dem wenig lukrativen und unattraktiven Job zurücktrat und dies nebenbei als persönliche Konsequenz gegen den Rechtsruck der Hamburger AfD verkaufte. Beim Wahlparteitag schwadronierte Baumann: »Im Orient und Afrika werden 100 Millionen Menschen durch die Grenzöffnung und Versprechen angelockt.« Der promovierte Volkswirt lernte sein Handwerk viele Jahre im Management und in Redaktionen großer Zeitschriftenverlage und dürfte zum rechten Flügel der Fraktion gezählt werden.

Schon kurz vor der Bürgerschaftswahl wurde Baumann dann auch von einem Insider auf dem antimuslimischen Hetzblog »PI-News« zusammen mit Dirk Nockemann (Ex-«Schill-Partei«) und Ludwig Flocken zu den »sehr wählbaren AfD-Kandidaten« gezählt. Neben den erwähnten AfD-Politikern muss auch der »Alte Herr« der »Burschenschaft Danubia«, Dr. Alexander Wolf, noch zum rechten Flügel der Fraktion gerechnet werden. Dass Dr. Ludwig Flocken – einer der exponiertesten Agitatoren – Anfang 2016 die Fraktion verlassen musste, dürfte weniger an seinen rassistischen Überzeugungen und seinen Kontakten in die Neonaziszene liegen, als an dem offensichtlichen Imageschaden. Schließlich blieben dessen üble Ausfälle im Parlament, auf Kundgebungen und in sozialen Netzwerken immer unkommentiert durch seine ehemaligen FraktionskollegInnen. Im Wahlkampf Anfang 2015 waren Flockens Auftritte bei den Ablegern von PEGIDA in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin noch als Wahlkampfhilfe willkommen. Erst als das Bundesministerium des Innern im Dezember 2015 nachträglich erklärte, dass unter anderem diese beiden Ableger neonazistisch beeinflusst sind, wurde Flockens Engagement zum Makel und musste als Begründung für einen erzwungenen Austritt dienen.

Wie viele parlamentarische MitarbeiterInnen die jetzt noch siebenköpfige Fraktion hat, wer diese sind und wie groß ihr Budget ist, ist in Hamburg unbekannt. Zwar suchte die Fraktion zeitweise per Anzeige nach MitstreiterInnen, öffentlich gibt sie allerdings keine Auskunft. Manche MitarbeiterInnen versucht die Fraktion wohl auch eher zu verheimlichen. So tauchte schon im Bürgerschaftswahlkampf 2015 der Name Torsten Uhrhammer auf. Der Mittvierziger ist Autor der »Jungen Freiheit« und »Sezession« und war bereits in der »Schill-Partei« und der »Deutschen Volksunion« aktiv. 2009 leitete er einen Zirkel namens »Hamburger Freiheitsgespräche« (s. drr Nr. 119) an dem Korporierte, »Neue Rechte«, aber auch Neonazis Interesse hatten. Mittlerweile scheint er bei der AfD angekommen zu sein. Im Wahlkampf stand Uhrhammer im Hintergrund beratend zur Seite, ohne selbst erwähnt zu werden. Im Zuge einer Hetzkampagne, welche die AfD-Fraktion dann im letzten Herbst gegen eine Politikerin der Partei »Die Grünen« lostrat und die Vergewaltigungs- und Morddrohungen zur Folge hatte, verwies Vorsitzender Kruse auf einen IT-Berater der Fraktion, weil die Kampagne auf den Facebookseiten der Fraktion ihren Ausgang hatte. Der Name: Torsten Uhrhammer.

**Im Parlament**

Angst schüren und Ressentiments bedienen, so könnte die eher dürftige parlamentarische Arbeit der Fraktion beschrieben werden. Die AfD nutzt die Bürgerschaft fast ausschließlich als Bühne und scheint an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen wenig Interesse zu haben. Die meisten ihrer Beiträge kreisen um die Steckenpferde der Partei: »Gender«, »Linksextremismus« und »Flüchtlinge/ Islam«. Aber nicht nur die geringe Anzahl an Anträgen und Anfragen im Vergleich zu den Aktivitäten anderer, auch kleiner Parteien, wird immer wieder festgestellt, sondern auch die mangelnde oder gar fehlende Mitarbeit in den Fachausschüssen. In mehr als 70 Prozent der Ausschusssitzungen des ersten Bürgerschaftsjahres hat die AfD-Fraktion nicht einen einzigen inhaltlichen Beitrag abgeliefert, hat also weder etwas gefragt noch eine inhaltliche Einschätzung vorgenommen. In vielen Ausschüssen ist die AfD erst gar nicht vertreten. Die FDP zog daraus gar den Schluss, dass die AfD die Arbeit in der Bürgerschaft verweigere. Vielleicht konnte die AfD in Hamburg auch deshalb nicht vom momentanen, bundesweiten Höhenflug profitieren: Laut einer repräsentativen Umfrage von »infratest dimap« hätte sich die Partei nur auf acht Prozent steigern können, wäre Anfang April 2016 Bürgerschaftswahl gewesen. Vielleicht hat sich die selbsternannte Alternative zu den »Systemparteien« schon ein stückweit entzaubert.

# Sachsen

In Sachsen versucht sich die »Alternative für Deutschland« mit den Themen Innere Sicherheit und Migration zu etablieren. Doch handwerkliche Mängel zeigen die Grenzen ihrer parlamentarischen Arbeit.

**von Miro Jennerjahn und Ernst Kovahl**



Seit gut eineinhalb Jahren sitzt die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Sächsischen Landtag. Bei den Wahlen am 31. August 2014 kam die Partei mit 159.611 Stimmen der WählerInnen auf 9,7 Prozent und gewann 14 Sitze. Sie war damit die erste Landtagsfraktion der neuen Partei. Schon bei der Bundestagswahl im September 2013 gewann sie in Sachsen 6,8 Prozent der Stimmen und bei den Wahlen zu den Gemeinderäten und Kreistagen im Mai 2014 holte sie eine ganze Reihe von Mandaten. Zur Vorsitzenden der Landtagsfraktion wurde Frauke Petry gewählt, die auch Chefin des sächsischen Landesverbandes und seit dem Sommer 2015 Bundesvorsitzende der Partei ist. Der sächsische Generalsekretär der AfD, Uwe Wurlitzer, wurde zum parlamentarischen Geschäftsführer bestimmt – die Spitzen von Partei und Fraktion sind somit aufs engste verknüpft. Seit der Gründung geriet der Sächsische Landesverband mit derzeit dreizehn Kreisverbänden immer wieder in die Schlagzeilen. Zuletzt sorgten die Stasi-Vergangenheit eines Landtagsabgeordneten und Beschwerden beim Wahlprüfungsausschuss gegen die möglicherweise falsche Aufstellung der Wahlliste AfD zur Landtagswahl für Wirbel.

**Parlamentarische Arbeit**

Anfänglich schien es, als sei die AfD parlamentarisch nicht sonderlich aktiv. Die Fraktion stand vor der Herausforderung, in den Alltag des Parlamentsbetriebs zu kommen. Sie konnte bis dato nicht wie die anderen Fraktionen auf einen etablierten Stab an MitarbeiterInnen zurückgreifen, um die parlamentarischen Initiativen (Kleine Anfragen, Große Anfragen, Anträge, Gesetze etc.) vorzubereiten. Erst nach über einem halben Jahr steigerte sich die parlamentarische Aktivität der AfD deutlich, so dass sie nach einem Jahr auf 288 Kleine Anfragen an die Landesregierung, eine Große Anfrage, 19 Anträge und 28 Änderungsanträge kam. Dringliche Anträge, Entschließungsanträge und Gesetzesentwürfe gab es jedoch auch nach einem Jahr nicht.

Die Abgeordneten Sebastian Wippel, André Barth und Andre Wendt nutzen das Instrument der Anfragen regelmäßig für ihre Politik. Sie sind für die Mehrzahl (58,3 Prozent) aller Kleinen Anfragen der AfD verantwortlich. Mario Beger, Jörg Urban, Carsten Hütter und Uwe Wurlitzer stellen mit 32,6 Prozent der Anfragen das Mittelfeld, die weiteren Abgeordneten (Silke Grimm, Andrea Kersten, Kirsten Muster, Detlev Spangenberg, Gunter Wild) nutzen das Instrument nur sporadisch. Ungewöhnlich für eine Fraktion in der Opposition, dass nur die Hälfte der AfD-Abgeordneten das Instrument der Kleinen Anfragen an die Regierung nutzt. Erstaunlich ist auch, dass die Fraktionsvorsitzende Frauke Petry auch nach einem Jahr Landtagszugehörigkeit nicht eine einzige Kleine Anfrage eingereicht hat. Dass Karin Wilke noch keine Anfrage eingereicht hat, verwundert nicht. Sie ist die Nachrückerin für Stefan Dreher, der zum 1. September 2015 sein Mandat zurückgab, da er als Richter in den Landesdienst zurückkehrte.

Ein Blick auf die parlamentarischen Aktivitäten der anderen Oppositionsfraktion zeigt, dass sie im Vergleich deutlich mehr parlamentarische Aktivität entfaltet als die AfD. Als FDP, Grüne und NPD 2004 neu in den Landtag einzogen, standen sie vor ähnlichen Herausforderungen wie die AfD nach der Wahl 2014. Doch sie fanden damals – das zeigt der Vergleich der parlamentarischen Aktivitäten – deutlich schneller in die Arbeit hinein als heute die AfD.

**Schwerpunkte**

Eine Auswertung der parlamentarischen Initiativen zeigt, in welchen Themenbereichen sich die AfD besonders engagiert. So waren nach einem Jahr zum Beispiel 42,36 Prozent aller Anfragen, das heißt 122, dem innenpolitischen Bereich zuzuordnen. Weit abgeschlagen folgen andere Politikbereiche wie Wirtschaft und Arbeit (23), Bildungspolitik (21), Gesundheitspolitik (18) oder Sozialpolitik (6). Auch die Aufschlüsselung der innenpolitischen Anfragen zeigt deutlich die Schwerpunkte der AfD. 42 Prozent der innenpolitischen Anfragen greifen das Thema Asyl auf, 28 Prozent beziehen sich auf die Polizei und acht Prozent der Anfragen beschäftigen sich mit »Linksextremismus«. Auch bei den Anträgen der Fraktion zeigt sich eine Schlagseite. Zehn von 19 Anträgen sind der Innenpolitik zuzuordnen, wovon sich die Hälfte mit dem Thema Asyl beschäftigt. Aus den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik gibt es zwei Anträge, einer beschäftigt sich mit Sozialpolitik.

**Handwerkliche Mängel**

Viele der AfD-Anträge sind inhaltlich wenig ausgearbeitet und bestehen lediglich aus einem kurzen Absatz, in dem die AfD keine eigenen Vorschläge macht, sondern bloß andere auffordert, etwas zu tun. Ein besonderes Beispiel dafür, wie die AfD mit ihren Anträgen Politik und politische Arbeit simuliert, ist der Antrag »Stärkung direkter Demokratie durch Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene«. Die Fraktion schlägt hier nicht etwa ein eigenständiges Modell direktdemokratischer Elemente vor, sondern fordert lediglich die Sächsische Staatsregierung auf, sich im Bundesrat für Volksentscheide einzusetzen. Die konkrete Gestaltung scheint der Oppositionsfraktion egal zu sein, denn den Auftrag zur Gestaltung tritt sie an die Regierung ab. Auch ein Antrag zur »Streichung der Verpflichtung für Kommunen und Landkreise, Gleichstellungsbeauftragte




zu bestellen« gehört in diese Kategorie inhaltsleerer Anträge. Hier wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zusammenhang mit der Berufung von Gleichstellungsbeauftragten »alle Maßnahmen außer Kraft zu setzen, die eine besondere geschlechtsspezifische Förderung im beruflichen Bereich darstellen«. Es gebe »bei der Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft keinen Grund mehr, eine besondere geschlechtsspezifische Förderung im beruflichen Leben einseitig zu unterstützen«, meint die AfD. »Eine besondere Förderung der einen Seite bedeutet immer eine Herabsetzung der anderen.«
Auch der Antrag »Schlüsse aus der Kriminalitätsstatistik 2014 ziehen – Sofortkonzept für Sicherheit in sächsischen Schwerpunktregionen auf den Weg bringen« weist wenig Konkretes und stattdessen viel heiße Luft auf: »Die Polizei ist dein ‹Freund und Helfer›« und sei in erster Linie »Schutzmann« und »Respektperson«, schreibt die AfD. Die Polizei trete »jedem Bürger zunächst freundlich gegenüber«, doch es gelte auch »Null Toleranz – Die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist durch niedrigschwelliges, frühzeitiges und konsequentes Einschreiten von Polizeibehörden sicherzustellen«. Was diese Formulierungen konkret bedeuten sollen, wäre spannend, die AfD verrät es leider nicht. Auch unterbreitete die Fraktion keinen Vorschlag, wie die geschätzten 170 bis 180 Millionen Euro für die Einführung eines »Begrüßungsgelds anlässlich der Geburt eines Kindes« im sächsischen Haushalt aufgebracht werden sollen und brachte auch keinen entsprechenden Änderungsantrag zum Landeshaushalt ein.

**Fokussierung auf Asyl-Themen**

In den letzten drei Monaten des Jahres 2015 steigerten die Abgeordneten der AfD ihre Tätigkeit, so dass die Fraktion Ende des Jahres 452 Kleine Anfragen, eine Große Anfrage, 26 Anträge, einen dringlichen Antrag, 32 Änderungsanträge und zwei Gesetzesentwürfe vorweisen konnte. Beim Blick auf die Themen wird die zunehmende Fokussierung der politischen Themen deutlich. So nahmen die Kleinen Anfragen im innenpolitischen Bereich zu (45,1 Prozent), ebenso Anträge (61,5 Prozent) zu diesem Thema. Auch wurde die Fokussierung auf das Thema Asyl verschärft. Nun befassten sich 48 Prozent statt zuvor 42 Prozent der innenpolitischen Anfragen und die Hälfte aller Anträge mit Asyl und Geflüchteten.

Nach gut einem Jahr ist die Bilanz der parlamentarischen Arbeit der AfD in Sachsen ernüchternd. Nur wenige Anträge und lediglich zwei Gesetzesentwürfe hat die Fraktion vorgelegt. Einzig die Zahl der Kleinen Anfragen ist deutlich gestiegen, mit denen sie versucht, an Informationen zu gelangen und Themen zu setzen. Allerdings bleibt die AfD nach wie vor weit hinter den Aktivitäten der anderen Oppositionsparteien zurück. Ihre Anträge und Gesetzesentwürfe sind oberflächlich, ohne ernstzunehmenden Gestaltungsanspruch und weisen handwerkliche Mängel auf. Thematisch sind die parlamentarischen Initiativen der AfD sehr begrenzt – Asyl, Innere Sicherheit, Polizei und »Linksextremismus« sind die Schwerpunkte. So versucht sich die AfD im Land von PEGIDA und Co. als Partei für Law-and-Order und als parlamentarischer Arm der Proteste gegen Geflüchtete zu inszenieren. Auch ihre Anträge gegen Gleichstellung und Anfragen zur Skandalisierung des »Linksextremismus« machen den politischen Kurs der Partei deutlich. Die verstärkte Fokussierung auf das Thema Asyl und Geflüchtete Ende 2015 vollzieht sich dabei parallel zu verschärften gesellschaftlichen Debatten zur Flüchtlingspolitik – sicherlich kein Zufall.

*Eine ausführliche Auswertung der parlamentarischen Arbeit der AfD in Sachsen von Miro Jennerjahn unter dem Titel »Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag« ist unter www.weiterdenken.de zu finden.*

# Baden-Württemberg

Jede achte Stimme ging am 13. März in Baden-Württemberg an die rechte »Alternative für Deutschland«. Mit 15 Prozent der Zweitstimmen errang die Partei 23 Sitze im neuen Landtag, davon sogar zwei Direktmandate in Pforzheim und Mannheim-Nord. Ein Blick auf die Fraktion.

**von Lucius Teidelbaum**

Unter den neu gewählten Abgeordneten befinden sich nur drei Frauen, aber neun der 23 Fraktionsmitglieder tragen einen Doktortitel. Der Fraktionsvorsitzende, Prof. Dr. Jörg Meuthen aus Karlsruhe, gibt sich als das rechtskonservative Feigenblatt der AfD – passend zum Wissenschaftshabitus als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Kehl. Tatsächlich sind von ihm keine verbalradikalen Äußerungen bekannt. Allerdings haben sich viele seiner FraktionskollegInnen bereits durch Verbalinjurien hervorgetan, unter anderem in sozialen Netzwerken. So schrieb der AfD-Abgeordnete Dr. Rainer Podeswa aus Heilbronn auf Facebook von Flüchtlingen als »Analphabeten aus Steinzeitkulturen«. Dennoch ist über die neuen AfD-Delegierten wenig bekannt. Die meisten erscheinen bisher als unbeschriebene Blätter.

**Anhänger des Höcke-Flügels**

Neun Landtagsmitglieder der AfD haben die »Erfurter Resolution« unterschrieben: Heinrich Fiechtner, Carola Wolle, Udo Stein, Christina Baum, Rüdiger Klos, Bernd Grimmer, Bernd Gögel, Stefan Räpple und Heinrich Kuhn. Sie sind damit dem radikal-völkischen ‹Höcke-Flügel› zuzurechnen. Die »Patriotische Plattform« der AfD erwähnt nach den Landtagswahlen selbst, zwei der Abgeordneten in Baden-Württemberg seien Mitglieder in ihren Reihen, nennt aber keine Namen. Zwei jüngeren Abgeordneten werden zudem Kontakte zu den »Identitären« nachgesagt.

Das wichtigste Höcke-Sprachrohr in der neuen Fraktion dürfte die gebürtige Thüringerin und Zahnärztin Dr. Christina Baum aus Lauda-Königshofen werden. Die stellvertretende Sprecherin war im März 2015 Erstunterzeichnerin der »Erfurter Resolution« und trat zweimal als Gastrednerin auf AfD-Demonstrationen in der Thüringer Landeshauptstadt auf. Auf dem Landesparteitag im Januar letzten Jahres warf sie in ihrer Bewerbungsrede für den Landesparteivorsitz den Grünen vor: »Sie bekennen sich also ganz eindeutig dazu das Asyl- und Einwanderungsrecht zu missbrauchen, um einen schleichenden Genozid der deutschen Bevölkerung hervorzurufen.«

**Rechtsklerikale**

Neben dem Höcke-Flügel können mit Heinrich Fiechtner, Bernd Grimmer und Daniel Rottmann mindestens drei Abgeordnete der rechtsklerikalen Strömung innerhalb der Partei zugeordnet werden. Diese formiert sich in Baden-Württemberg im »Pforzheimer Kreis«.

Als Unterzeichner der »Erfurter Resolution« und Gründungsmitglied des »Pforzheimer Kreis« gehört der Stuttgarter Arzt Fiechtner beiden Strömungen an und zeigt sich demonstrationsfreudig. Beim einmaligen PEGIDA-Aufmarsch in der Landeshauptstadt im Mai letzten Jahres war der evangelikale Christ mit Israel-Fahne zugegen. Im November 2014 nahm er an der Demonstration »Frauen und Männer gegen die Massentötungsklinik für ungeborene Kinder in Stuttgart« teil. Und auch an der homophoben »Demo für Alle« beteiligte er sich.

Ein weiterer Rechtsklerikaler in der Fraktion ist Daniel Rottmann aus Ulm. Er studierte evangelische Theologie am »Theologischen Seminar Ewersbach« der »Freien Evangelischen Gemeinden« und war 2012 noch Beisitzer im Bundesvorstand der christlich-fundamentalistischen Kleinstpartei »AUF – Arbeit, Umwelt, Familie«.

**Personelles Potpourri**

Bernd Grimmer ist einer von lediglich vier AfD-Abgeordneten, über deren parteipolitisches Vorleben etwas bekannt ist. Er war bei der »Aktion Unabhängiger Deutscher«, anschließend bis Anfang der 1990er Jahre bei den »Grünen« und schließlich bei den »Freien Wählern«. Dr. Rainer Balzer aus Bad Schönborn gibt an, bei der CDU aktiv gewesen zu sein und Klaus-Günther Voigtmann war nach eigener Aussage von 1972 bis 1975 SPD-Mitglied.

Neben rechten Israel-‹Freunden› wie Fiechtner gibt es in der künftigen AfD-Landtagsfraktion offenbar auch einen ausgemachten Antisemiten. Dr. Wolfgang Gedeon aus Rielasingen-Worblingen verfasste nicht nur 2012 ein Buch mit dem vielsagenden Titel »Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten«, in dem er deutliche Sympathien für den Holocaustleugner Horst Mahler zeigt. Im Jahr 2009 erschien von ihm auch unter dem Pseudonym »W. G. Meister« das Buch »Christlich-europäische Leitkultur« mit dem Untertitel »Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam«.



^ *Jörg Meuthen*

Dass mit Dr. Heinrich Kuhn aus Altensteig ein Klimawandel-‹Skeptiker› in den Landtag eingezogen ist, mutet im Vergleich dazu geradezu harmlos an. Allerdings ist Kuhn wohl auch den Rechtsklerikalen zuzurechnen. So schrieb er in einem Leserbrief an die »Junge Freiheit« 2013 über Schwangerschaftsabbrüche als »Sterbehilfe von nahezu 10 Millionen Ungeborenen«.

**Ausblick: Bestand ungewiss**

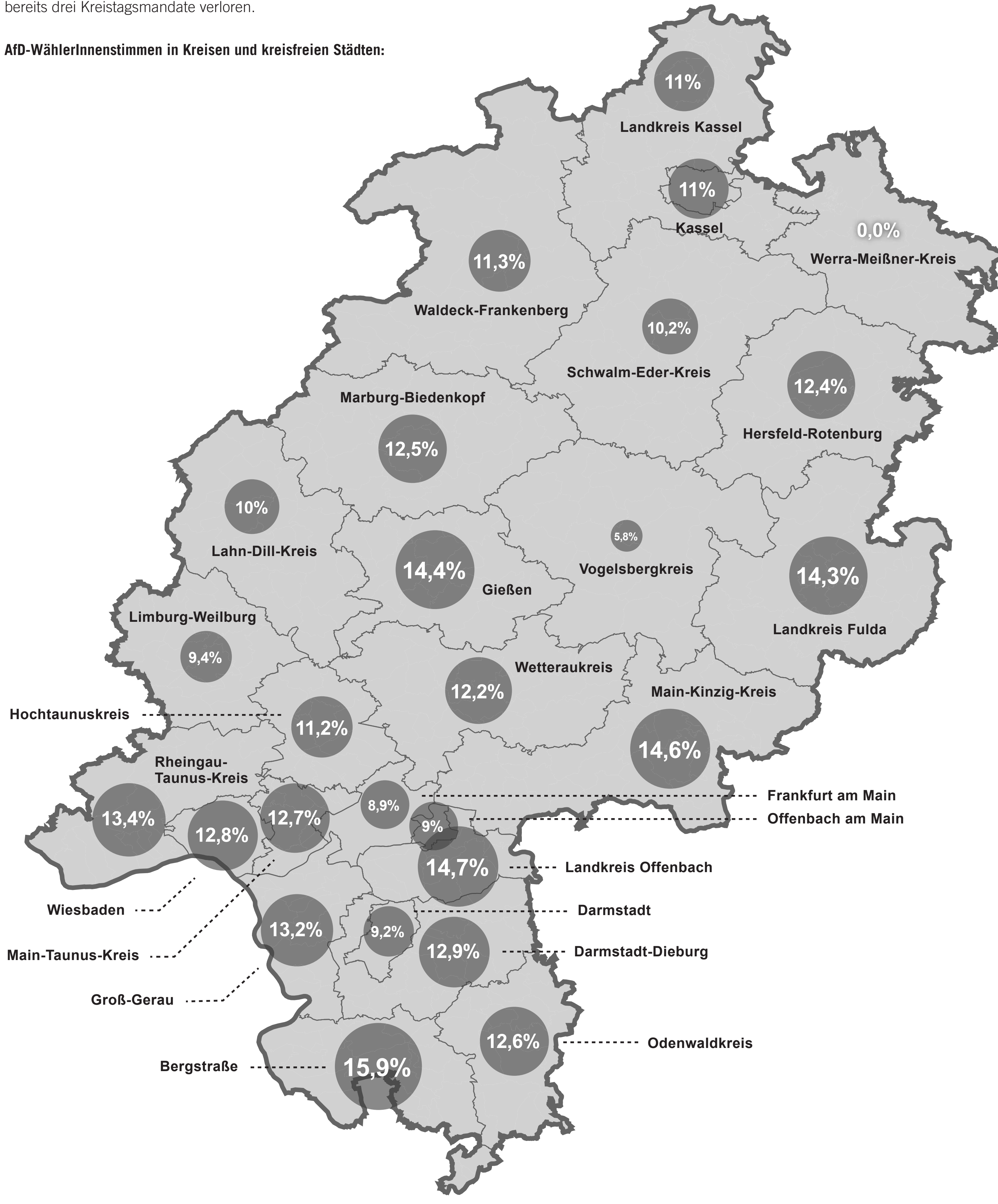
Während die AfD-Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen eher vom radikalen Flügel der Neuen Rechten um das Magazin »Sezession« und dem »Institut für Staatspolitik« beeinflusst werden, weist der Fraktionsvorsitzende Meuthen eher eine Nähe zum pragmatischen Flügel der Neuen Rechten um die »Junge Freiheit« (JF) und die »Bibliothek des Konservatismus« auf. Vor der Landtagswahl widmete die JF dem Fraktionsvorsitzenden auf ihrem Youtube-Kanal ein 43-minütiges Porträt mit dem Titel »Jörg Meuthen – Alternative fürs Ländle?«. Darin wird er als moderater AfD-Politiker dargestellt. Statt wie Frauke Petry mit scharfen Waffen empfiehlt er ‹nur› mit Gummigeschossen auf Flüchtlinge zu schießen. In ihm scheint die JF offenbar einen Ersatz für den bis zu seinem Abgang protegierten Bernd Lucke gefunden zu haben.

Die meisten der neuen AfD-Abgeordneten sind Neulinge im parlamentarischen Betrieb. Es ist offen, wie sie sich zukünftig einpassen werden, auch in ihre eigene Fraktion. Ob diese Bestand haben wird, hängt auch davon ab, ob es Meuthen gelingen wird, die Hardliner in den eigenen Reihen zu bändigen.

# AfD-Erfolge in Hessen

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) brachte es bei den Kommunalwahlen in Hessen im März 2016 aus dem Stand auf 11,9 Prozent der Stimmen. Sie ist damit drittstärkste Kraft im Land und konnte 280 von 1920 Mandaten in den Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindeparlamenten und Landkreisen für sich gewinnen. Die Partei war in 20 von 21 Landkreisen angetreten, aber nur in 18 von 426 hessischen Gemeinden und Städten. Die Wahlbeteiligung lag mit 48 Prozent höher als in den Perioden davor.
Noch vor Konstituierung der Kreistage hat die AfD aufgrund von zwei Austritten im Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie von einem im Odenwaldkreis bereits drei Kreistagsmandate verloren.

**AfD-WählerInnenstimmen in Kreisen und kreisfreien Städten:**



# Berlin

Am 18. September finden in Berlin die Wahlen für das Abgeordnetenhaus sowie für die Bezirksverordnetenversammlungen statt. Die Prognosen verzeichnen für die »Alternative für Deutschland« stetig wachsende Zustimmungswerte. Der bundesweite fortgesetzte Rechtsruck der Partei, die ressentimentgeladenen Positionen bis offen rassistischen Ausfälle, haben ihr also auch in Berlin nicht geschadet – im Gegenteil: Sie profitiert davon.

**von Frank Metzger**



^ *Aufmarsch der AfD in Berlin gegen Flüchtlinge*

Am 16. Januar wählte der Berliner Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) einen neuen Vorstand um die neue Doppelspitze Beatrix von Storch und Georg Pazderski. Personell wurde damit dem bundesweiten Rechtstrend gefolgt, nachdem der Berliner Landesverband unter dem vorherigen Vorsitzenden Günter Brinker profillos gewesen war. Beatrix von Storch ist als bestens vernetzte christliche Fundamentalistin und sogenannte »Lebensschützerin« hinlänglich bekannt. Georg Pazderski war bis zu seiner Absetzung im Sommer 2015 Bundesgeschäftsführer der AfD, blieb bisher aber eher unauffällig. Der Oberst a.D. im Generalstabsdienst ist ein militärisches Schwergewicht mit internationaler Erfahrung. Er bietet weniger Angriffsfläche in seiner Biografie und könnte nicht zuletzt deshalb der AfD-Spitzenkandidat werden. Beatrix von Storch hingegen wird voraussichtlich ihr Mandat im EU-Parlament – in welcher Fraktion auch immer – behalten und somit perspektivisch auf realpolitischer Ebene im Land Berlin keine große Rolle spielen. Der langjährige Redakteur der »Jungen Freiheit«, Ronald Gläser, ist weiterhin Vorstandsmitglied und zudem neuer Pressesprecher.

**Verbindungen nach rechtsaußen**

Generell setzt sich das Personal der Berliner AfD aus vielen Unbekannten, ehemaligen CDUlerInnen, FDPlerInnen und PiratInnen, aber auch ehemaligen Mitgliedern extrem rechter Strukturen und Parteien wie »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« zusammen. Einige der ProtagonistInnen zeigen zudem keinerlei Berührungsängste zu neonazistischen Strukturen. Heribert Eisenhardt etwa, der laut »apabiz«-Recherchen als regelmäßiger Redner bei den völkisch-rassistischen BÄRGIDA-Demonstrationen auftritt, konnte dadurch entstandene innerparteiliche Diskussionen um seine Person unbeschadet überstehen. Er scheint gar gestärkt und selbstsicher daraus hervorgegangen zu sein. So war er Anfang März als einer der KandidatInnen der Bezirksverordnetenversammlung seines Kreisverbands Lichtenberg vorgestellt worden. Am 2. April nahm er – ohne Konsequenzen zu fürchten – an einer offensichtlichen Neonazi-Demonstration unter dem Motto »Sicherheit statt Angst« in Marzahn teil und verhandelte laut »taz« am nächsten Tag beim Landesparteitag über das Wahlprogramm mit.
Von besonderer Bedeutung für die Berliner AfD ist der Landesverband der Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA). So hatte dieser einen wahrnehmbar großen organisatorischen und inhaltlichen Anteil an der Durchführung zweier Demonstrationen der Berliner AfD im Rahmen der »Herbstoffensive« der Partei. Bei einer dieser Demonstrationen sagte Thorsten Weiß, der Vorsitzende der JA Berlin und seit Januar Landesvorstandsmitglied der AfD, am 31. Oktober 2015 in völkisch-nationalistischer Rhetorik: »Wir sehen mit wachen Augen, dass diese, unsere Heimat, von einer realitätsfremden, volksfeindlichen und überheblichen Politikerkaste mit Vollgas gegen die Wand gefahren wird. Diese Vernichtung ist von uns nicht gewollt. Wir lehnen sie ab und wir werden uns mit aller Macht dagegen zur Wehr setzen.« Im weiteren Verlauf geiferte er, an die »rot-grünen Deutschlandabschaffer« gerichtet, »dass ein Baum, der seine eigenen Wurzeln vergiftet, nicht fortbestehen kann.«
Ähnliche Äußerungen wie diese sind auch von der »Identitären Bewegung« (IB) bekannt, zu der es auch personelle Überschneidungen gibt. Mit Jannik Brämer sitzt einer der exponiertesten Vertreter der IB Berlin-Brandenburg als Schatzmeister im Landesvorstand der JA Berlin. Auf ihn ist außerdem die Website der »Identitären Bewegung Deutschland« registriert.

**Erwartbare Wahlkampfinhalte**

Das Wahlprogramm der Berliner AfD wurde auf zwei Programmparteitagen bereits diskutiert und beschlossen, liegt aber derzeit noch nicht vor. Anhand des an die Öffentlichkeit gelangten Leitantrages lassen sich zumindest erste Einschätzungen vornehmen. Auffallend ist im Vergleich zu den Entwürfen für das Bundesparteiprogramm sowie zum Wahlprogramm aus Sachsen-Anhalt die geradezu moderate Wortwahl. Dennoch zeigt sich, dass erwartbar repressive und stereotype Positionen zu Asyl, Islam, Gender-Mainstreaming, Familienpolitik und sogenannter »innerer Sicherheit« die bestimmenden Themen im Wahlkampf sein werden. Viele der im Leitantrag geforderten Maßnahmen betreffen dabei bundes- und nicht landespolitische Entscheidungen, bei etlichen Themen fehlt der konkrete Berlin-Bezug gänzlich. Offensichtlich geht es der Berliner AfD also darum, sich ein möglichst umfassendes Profil zu geben, um weiterhin mit Forderungen nach einer rigorosen Abschiebe- und Abschottungspolitik von der rassistischen gesellschaftlichen Stimmung zu profitieren. Bei der politischen Bewertung und Auseinandersetzung mit der Berliner AfD wird das Wahlprogramm allerdings nur einer von mehreren Gradmessern sein. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass es vor allem das gesprochene Wort und die Handlungen der ProtagonistInnen sind, mit denen die Partei sich deutlicher positioniert.

# Mecklenburg-Vorpommern

Am 4. September wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Der Einzug der »Alternative für Deutschland« scheint sicher. Damit wäre die AfD dann in allen fünf Landesparlamenten Ostdeutschlands vertreten.

**von Andrea Röpke**



^ *Matthias Manthei*

Der Landtagswahlkampf kann für die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Mecklenburg-Vorpommern starten. Ihr Ziel ist es, die 20-Prozent-Hürde zu knacken. Veranstaltungen mit dem Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm, dem Partei-Vize Alexander Gauland sowie mit Beatrix von Storch sind von Mai bis Juli in Greifswald, Schwerin, Güstrow und Pasewalk geplant. Am 20. Juli soll der Wahlkampf dann offiziell in Rostock beginnen. Auch die Finanzierung steht, die Kassen scheinen gut gefüllt. Rund 200.000 Euro sollen vom Bundeskonvent kommen, zwei Drittel der Summe müssen dann als Darlehen in der kommenden Legislaturperiode zurückgezahlt werden. Insgesamt soll ein Wahlkampfbudget von 270.000 Euro zur Verfügung stehen. Intern ist von 26 »Förderern« die Rede, die dem Landesverband beistehen.

Tatsächlich dürfte die eigene Mannschaft dem AfD-Landesverband an der Ostseeküste die meisten Sorgen bereiten. Bereits beim Landesparteitag in Demmin Anfang des Jahres präsentierten sich zerstrittene Seilschaften, die schwere interne Grabenkämpfe auszufechten scheinen. Landeschef Matthias Manthei verzichtete überraschend auf den Spitzenplatz. Der Richter am Amtsgericht Greifswald wirkte fahrig und genervt. Die Basis würdigte er auf seinem Platz in der ersten Reihe kaum eines Blickes. Den ersten Listenplatz übernahm Landessprecher Leif-Erik Holm. Der ehemalige Rundfunkmoderator aus Schwerin scheint seitdem vor allem den Posten des internen Vermittlers inne zu haben. Manthei und Holm gelten zwar als gemäßigte Konservative, doch Manthei stimmte als Vertreter der AfD im Kreistag von Vorpommern-Greifswald bereits für Anträge der NPD. Und am 27. Januar 2016 trat Holm mit den deutschnationalen Parteifreunden André Poggenburg und Björn Höcke in Magdeburg als Redner auf.

Ärger bereitet dem ‹Sonnyboy› von der Küste die mächtige Schweriner AfDlerin Petra Federau, Kandidatin auf dritten Platz der Landesliste. Holm und Manthei möchten die angebliche ehemalige Mitarbeiterin eines auf die Vereinigten Arabischen Emirate spezialisierten Escort-Services loswerden. Doch Federau wehrt sich mit aller Kraft und möchte nicht zurücktreten. Dabei war sie bereits vor dem Landesparteitag im Februar als Geschäftsführerin des Landesverbandes beurlaubt worden. Intern wird ihr vorgeworfen, bei der Verwaltung der Mitglieder das Programm in acht Fällen manipuliert zu haben. So wird dem ‹Saubermannduo› nicht viel anderes übrig bleiben, als Federau, die im Übrigen die einzige Kandidatin auf den ersten 15 Plätzen der Liste ist, auf einem Sonderparteitag Ende Mai abzuwählen.

Im Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern finden sich weitere Rechtsausleger an prominenter Stelle. So ist zum Beispiel der Rostocker Holger Arppe, Platz vier der Landesliste, erstinstanzlich wegen Volksverhetzung verurteilt. Für den Galeristen kein Problem, denn dieser Paragraf des Strafgesetzbuches diene lediglich der »Unterdrückung Andersdenkender«. Ende März lud Arppe den neu-rechten Macher der »Blauen Narzisse« – Felix Menzel – zum Vortrag in Rostock ein. Thema: »Wann kracht es? Der gefährliche Weg in den Vielvölkerstaat«. Bei einer Veranstaltung in Neuruppin bezeichnete Holger Arppe die AfD als »Widerstandsbewegung«. Auf diese werde man später »genauso bewundernd blicken wie wir heute auf die Helden des 20. Juli«.

Viel Zuspruch erhielt beim Landesparteitag der Greifswalder Rechtsprofessor Ralph Weber für seine Kandidatur ins Schiedsgericht der AfD. Das ehemalige CDU-Mitglied, Direktkandidat bei den Landtagswahlen, geriet jüngst in die Schlagzeilen, weil er die Dissertation des Juristen und RechtsRockmusikers Maik Bunzel erstinstanzlich geprüft und anscheinend auch gefördert hatte. Weber selbst gilt als Rechtsaußen, der auch schon mal in Thor-Steinar-Kleidung an seinem Arbeitsplatz auftauchte.

Auf Listenplatz 24 kandidiert ein Mann, der von München nach Vollrathsruhe an der Mecklenburgischen Seenplatte übersiedelte. Der Rechtsanwalt Sascha Jung stammt aus Leipzig und war Aktiver bei der extrem rechten »Burschenschaft Danubia«. Die bayrischen Justizbehörden zeigten 2007 »Zweifel« an seiner Verfassungstreue und nahmen ihn nicht in den Justizdienst auf. Dafür ist Jung jetzt Mitglied des Landesschiedsgerichts der AfD in Mecklenburg-Vorpommern.

Seit Februar gibt es in Mecklenburg-Vorpommern auch einen Jugendverband der AfD, die »Junge Alternative« (JA). Mit dabei ist der Neubrandenburger AfD-Stadtvertreter Robert Schnell, der den Anti-Islamkurs seiner Partei befeuert. Mit den Worten »Ich möchte Ihnen auf diesem Wege meine ehrliche und aufrichtige Verachtung entgegenbringen«, spricht er den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, am 18. April bei Facebook direkt an. Mazyek hatte auf islamfeindliche Aussagen der AfD-Führung reagiert und im NDR gesagt, mit der AfD gebe »es zum ersten Mal seit Hitler-Deutschland eine Partei, die erneut eine ganze Religionsgemeinschaft diskreditiert und sie existenziell bedroht«.

Noch hat die NPD als AfD-Konkurrentin im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Fraktionsstatus. Unklar ist, wie stark die vom Verbotsverfahren bedrohte Neonazi-Partei, die ohnehin an der Küste zu schwächeln scheint, in den Wahlkampf eintritt. Spielt die NPD ihre lokale Verankerung in den Regionen jedoch finanz- und personalstark aus, dann könnten AfD und JA mit ihren ähnlichen inhaltlichen Positionen die Grenzen zur extremen Rechten deutlich überschreiten.

# Niedersachsen

Am 11. September 2016 finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Bei der Bundestagswahl 2013 und den Europawahlen 2014 erreichte der Landesverband der »Alternative für Deutschland« im Flächenstaat bundesweit die schlechtesten Ergebnisse.

**von Tim Lorentz und Mikkel Hansen**




^ *Armin-Paul Hampel*

Auf Bundesebene hatte der Verband einen geringen Einfluss auf die Parteipolitik. Dies änderte sich mit dem Bundesparteitag 2015 in Essen, als sich der national-konservative und reaktionäre Flügel gegen die wirtschaftsliberalen Kräfte um den ehemaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke durchsetzte. Funktionäre des Verbandes Niedersachsen haben maßgeblich am Machtwechsel innerhalb der AfD mitgewirkt. Mittlerweile ist der niedersächsische Landesverband mit zwei Mitgliedern im Bundesvorstand vertreten.
Mit Infoständen, Flyerverteilungen und der Nominierung von KandidatInnen bereiten sich die 29 Kreisverbände der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf die Kommunalwahlen vor; und hoffen die Wahlerfolge auf kommunaler Ebene wie im benachbarten Hessen vom 6. März wiederholen zu können.

**Verbindungen zur extremen Rechten**
Am 9. April stellte der Kreisverband Gifhorn-Peine seine Kandidaten für die Kommunalwahl vor, die nun noch vom Kreisparteitag beschlossen werden müssen. Unter den Kandidaten befindet sich Andreas Tute, Vorsitzender der »Jungen Alternative« (JA) in Salzgitter. Er war zuvor bei der extrem rechten Partei »Pro Deutschland« aktiv. Des Weiteren besuchte Tute Veranstaltungen von »Pegida Hannover«. An deren »Abendspaziergängen« nahmen aktive Mitglieder der AfD teil, unter ihnen die Vorsitzende des Kreisverbandes Hildesheim, Alexandra Kriesinger. Sie unterzeichnete wie 28 weitere Amts- und MandatsträgerInnen aus Niedersachsen die »Erfurter Resolution«. In Göttingen hat Lars Steinke von der schlagenden Studentenverbindung »Burschenschaft Hannovera Göttingen« eine der wenigen Hochschulgruppen der »Jungen Alternativen« gegründet. Ende 2015 und Anfang 2016 trat Steinke , der auch Bezirksvorsitzender der JA Braunschweig ist, als Anmelder für das extrem rechte Netzwerk »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« in Erscheinung. An den wöchentlichen Kundgebungen in Duderstadt nahmen zu Spitzenzeiten bis zu 120 Personen teil. Die TeilnehmerInnen rekrutierten sich vornehmlich aus der extremen Rechten.

**Gender als Untergang der deutschen Kultur?**
Nachdem die niedersächsische Landesregierung forderte, das Thema ‹sexuelle Identität› in den Lehrplan von Schulen zu integrieren, regte sich Protest aus konservativen Kreisen. Dieser fiel durch antifeministische, homophobe und reaktionäre Stimmungsmache auf. Im Zuge dessen wurde, in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Verbänden der AfD und JA, die antiemanzipatorische Dokumentation »Der Gender-Plan – Revolution durchs Klassenzimmer« produziert. In dem 45-minütigen Film erklären selbsternannte Experten das Thema Gender und schwadronieren von einer Verschwörung, bei der es um die Vernichtung jeglicher Kultur, durch sexuelle Umerziehung, geht. Auch der in dieser Dokumentation auftretende Armin-Paulus Hampel, Vorsitzender der AfD in Niedersachsen, sieht im »Gender-Mainstreaming« eine große Verschwörung: »Wer das Buch ‹1984› kennt, weiß, welche totalitären und entsetzlichen Ziele verfolgt werden, wenn sich Politiker an der Sprache vergreifen, wie bei der sog. Rechtschreibreform und dem gendergerechten Neusprech geschehen. Die Linken wissen genau, dass derjenige, der die gesellschaftliche Artikulation manipuliert, auch das Denken beherrscht.«, beschreibt er seine Ängste.

**Armin-Paulus Hampel**
Als Journalist war Armin-Paulus Hampel für die Privatsender SAT1 und RTL und für den öffentlich-rechtlichen MDR und später als Korrespondent für die ARD tätig. 1998 bekam er für seine »Reportage aus Afghanistan«, in der er über den dortigen Lebensalltag berichtete, die »Saure Gurke« verliehen, einen jährlich vergebenen Negativpreis des Medienfrauentreffens. Bis 2008 war er als Korrespondent für die ARD in Südostasien unterwegs. Seit der Gründung des Landesverbandes Ende 2013 ist Hampel dessen Vorsitzender. Bei der Europawahl 2014 kandidierte er auf Listenplatz 9 der Bundespartei. Seit dem Essener Parteitag ist er zusätzlich als Beisitzer im Vorstand der Bundespartei vertreten. Er tritt regelmäßig als Redner auf verschiedensten Veranstaltungen der AfD im gesamten Bundesgebiet auf. Im Gegensatz zur Parteivorsitzenden Frauke Petry, hat er keine Berührungsängste mit Björn Höcke und André Poggenburg, den führenden Köpfen des rechten Zweigs »Der Flügel« der Partei. Ein weiteres Steckenpferd von Armin-Paulus Hampel ist die Anfang März gegründete »Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter« (ZESS). Sie soll die »Dokumentation von Straftaten und Diskriminierung gegen die AfD« ermöglichen. Das ist als Versuch zu werten, sich als Opfer einer angeblichen politischen Hetzkampagne zu stilisieren. Während die Partei aufgrund ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Rhetorik mitverantwortlich für die hetzerische Stimmung gegen Flüchtlinge ist, stellt die ZESS sich als das eigentliche Opfer der aktuellen politischen Verhältnisse dar. Selbst der »Bund deutscher Kriminalbeamter« bezeichnet die ZESS als »kompletten Unsinn«.

**Ausblick auf die Kommunalwahlen**
Nach den Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kann davon ausgegangen werden, dass die AfD in Niedersachsen gegenüber ihren bisherigen Wahlergebnissen stark zulegen wird. Wie bei den Wahlen im Frühjahr 2016 werden vermutlich vor allem bundespolitische Themen wie die Flüchtlings-Politik und der Anti-Islamkurs eine zentrale Rolle einnehmen. Somit sind trotz mangelnder kommunaler Themen hohe Ergebnisse vorstellbar. Der kommende Kommunalwahlkampf wird mit Sicherheit die rassistische Stimmung in Teilen der Gesellschaft weiter anheizen.

AUS PROTEST
AfD ZU wählen
weil die aktuelle POLITIK
NICHT GEFÄLLT, IST
WIE IM CLUB
AUS DER TOILETTE
ZU TRINKEN, WEIL
DAS BIER NICHT SCHMECKT.

## »Der III. Weg« verschickt »Ausreisegutscheine« nach Afrika

Olpe. Anfang April wurden Postkarten der Kleinstpartei an die Privatadressen von LokalpolitikerInnen verschickt, die sich gegen Rassismus engagieren. Sie waren an die »Überfremdungsbefürworter« adressiert und mit einer Aufschrift »Gutschein für eine Ausreise nach Afrika« versehen. Die zuständige Staatsanwaltschaft Siegen sieht darin keinen Straftatbestand, dennoch haben die PolitikerInnen teilweise Strafanzeige gestellt.

## Türkische NationalistInnen marschieren

Am 10. April haben in mehreren deutschen Städten – darunter München, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt und Köln – Demonstrationen türkischer NationalistInnen stattgefunden. Sie wurden als »Friedensmärsche für die Türkei« beworben und sollten sich »gegen jegliche Form von Terror, egal ob PKK oder IS« richten. Kurdische und linke Gruppen hatten zu Gegenprotesten aufgerufen, es kam an vielen Orten zu Böller- und Flaschenwürfen und körperlichen Auseinandersetzungen. Die Polizei meldete in Stuttgart 50 Verletzte, in Köln wurden Wasserwerfer eingesetzt.

## »Reichsbürger«-Aktivitäten

Dresden/Kaufbeuren. Am 22. Februar wurde der Anführer des sogenannten »Deutschen Polizeihilfswerks« (DPHW), Volker Schöne, in Dresden festgenommen. Er hatte gemeinsam mit 15 bis 20 zum größten Teil inzwischen verurteilten »Reichsbürgern« einen Gerichtsvollzieher auf einem Bauernhof in Meißen »festgenommen«, zu Boden gerungen und gefesselt. Dieser konnte erst von »echten« PolizistInnen befreit werden. Am 15. März wurde Schöne vom Amtsgericht Meißen zu zwei Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Ob der Verurteilte in Revision geht, ist nicht bekannt. Am 31. März störten etwa 20 »Reichsbürger« eine Verhandlung des Amtsgerichts Kaufbeuren. Die Angeklagte, ebenfalls »Reichsbürgerin«, nutzte das entstandene Chaos, um die Gerichtsakte zu entwenden und zu flüchten.

## Ungestörte Geburtstagsfeier

Staupitz. Am 26. März hat die Bremer RechtsRock-Band »Endstufe« ungestört ihr 35-jähriges Bestehen mit einem Konzert in dem sächsischen Dorf Staupitz (Torgau) gefeiert. Neben ihr traten auch »Kraft durch Froide« und »Punkfront« aus Berlin auf. Etwa 400 Neonazis aus Deutschland, Dänemark und Österreich folgten der Einladung in den »Alten Gasthof Staupitz«, der Polizei und Presse den Zutritt verbot. Dort finden seit einigen Jahren konspirativ organisierte rechte Musik-Events statt, der Ort gilt als »Hochburg« für Neonazi-Konzerte.

## Neonazis überfallen linke WG

Halle. Am 24. April haben mutmaßliche Neonazis eine linke Wohngemeinschaft überfallen und drei Männer zusammengeschlagen. Sie traten die Eingangstür ein, schlugen auf die noch schlafenden Opfer ein und verwüsteten anschließend die Wohnung. Die Täter konnten flüchten, bevor die Polizei eintraf. Der Staatsschutz ermittelt.

## Polizist unter Neonazi-Verdacht unterrichtet an Polizeischule

Leipzig. Der Bereitschaftspolizist Fernando V., der nach Bekanntwerden seiner Neonazikontakte im Mai vergangenen Jahres in die zweite Reihe treten musste, unterrichtet seitdem an der Polizeifachschule Leipzig als Fachlehrer im Bereich »Polizeidienst« den Umgang mit dem Internet. Das sächsische Innenministerium erklärte auf Presseanfrage, der Vorgang sei rechtlich geprüft worden, straf- und disziplinarrechtliche Maßnahmen wurden nicht angezeigt. Die Chatprotokolle von Fernando V. und mindestens einem weiteren Polizisten mit Leipziger Neonazis waren auf »indymedia« veröffentlicht worden. Sie enthielten rassistische Aussagen und den Austausch über »Legida«.

## Antisemitische Flugblätter an Unis

USA/Deutschland. Ein US-amerikanischer Hacker hat sich dazu bekannt, Flyer mit antisemitischem und rassistischem Inhalt über Universitätsdrucker, beispielsweise in Princeton, ausgedruckt zu haben. Anfang April wurden in Deutschland an den Universitäten Hamburg, Bonn, Münster, Lüneburg, Bremen, Tübingen, Leipzig und Erlangen-Nürnberg ähnliche Vorfälle gemeldet. Die deutschen Universitäten haben Strafanzeige gestellt, die Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung.

## Preisverleihung für »Frei.Wild«

Berlin. Bei der diesjährigen Preisverleihung des Deutschen Musikpreises »Echo« am 7. April war die Band »Frei.Wild« (s. drr Nr. 152) im zweiten Anlauf erfolgreich. Nach Protesten im Jahre 2013 wurde die Band von der damaligen Nominierungsliste genommen. Ein Jahr später sagte »Frei.Wild« die Teilnahme ab. Dieses Jahr hat es dann geklappt: Die Band aus dem italienischen Südtirol bekam den Preis in der Kategorie »Rock/Alternative National«. Die Beweggründe für die Eingemeindung Norditaliens bleibt das Geheimnis des »Bundesverbands Musikindustrie e. V.«.

## »Soldaten Odins« expandieren nach Estland und Norwegen

Norwegen/Estland. Die selbsternannte finnische Bürgerwehr »Soldaten Odins« gewinnt zunehmend auch in anderen skandinavischen Staaten und im Baltikum an Einfluss. Mitte Februar hielt die fremdenfeindliche Gruppe ihr erstes Treffen in Estland ab und ging am 13. Februar erstmals in Norwegen in Tønsberg, etwa 100 Kilometer von Oslo, später auch an anderen Orten, auf Patrouille. Teilweise wurden diese Aktivitäten von der Polizei gestoppt. Die Behörden beider Länder kritisierten die selbsternannten Bürgerwehren und warnten vor der Instrumentalisierung der Asylthematik durch Neonazis.

## Slowakei wählt rechts

Bratislava. Am 7. März wurde in der Slowakei ein neues Parlament gewählt. Die Sozialdemokraten bleiben zwar stärkste Partei, bekamen aber rund 17 Prozent weniger Stimmen. Die faschistische »L'udová strana Naše Slovensko« (»Volkspartei Unsere Slowakei«, LSNS), die gegen Roma und Flüchtlinge hetzt, bekam acht Prozent der Stimmen, außerdem befinden sich unter den acht ins Parlament gewählten Parteien »unberechenbare« Neugründungen und weitere rechtspopulistische Parteien. Marian Kortleba, der die LSNS anführt, war bereits mehrfach wegen rassistischer und faschistischer Aktivitäten angeklagt, jedoch nicht rechtskräftig verurteilt worden.

## Rechte Hooligans stören Trauerfeier

Brüssel/Belgien. Rund 450 rechte Hooligans haben am 27. März eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der von Islamisten am 22. März verübten Anschläge mit 35 Toten gestört. Sie stürmten, teils vermummt und alkoholisiert, auf den Platz und grölten nationalistische und rassistische Parolen und zeigten vereinzelt den Hitlergruß. Sie sollen aus der Fußball-Fanszene verschiedener Erstliga-Clubs stammen, ein Großteil soll aus Antwerpen angereist sein. Die Polizei drängte die Störer mit Schlagstöcken und Wasserwerfern vom Platz. Zehn Personen wurden festgenommen, weil sie brennende Gegenstände auf die Polizei geworfen und Sachbeschädigung begangen haben sollen.

## »Tag der Legionäre« feiert Waffen-SS

Riga/Lettland. Am 16. März sind etwa 1.500 Überlebende und SympathisantInnen der lettischen Waffen-SS durch die Hauptstadt marschiert. Sie feierten erst einen Gottesdienst, zogen dann durch die Straßen und hielten zum Schluss eine Kundgebung am »Freiheitsdenkmal« ab. Von 1991 bis 1999 wurde der »Tag der Legionäre« offiziell begangen, 1998 und 1999 auch als Nationalfeiertag. An diesem Tag sollte an eine Schlacht gegen die Rote Armee im Jahr 1944 erinnert werden – die Legionäre sehen sich als »Verteidiger der Heimat«. Der Protest gegen den Marsch wird von der lettischen Regierung erschwert; Mitgliedern der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) wurde die Einreise verweigert, Namen von Opfern der Shoah durften nicht in Hörweite des Aufmarsches verlesen werden. 200 DemonstrantInnen folgten dem Aufruf des Bündnisses »Lettland gegen Nazismus«.

## Rassist schießt im Capitol

Washington/USA. Der Mann, der am 28. März im Capitol Hill Schüsse abgegeben hat, soll dem extrem rechten Spektrum angehören. Der festgenommene 32-jährige Thomas Finnigan stammt aus Maryland und ist als Rassist bekannt. Er hatte versucht, vom BesucherInnenzentrum des Capitols Richtung Bibliothek oder Weißes Haus vorzudringen und schimpfte dabei gegen Obama, Liberale und den IS. Danach gab er Schüsse ab, deren Querschläger zwei BesucherInnen verletzten.

## Razzien bei französischen »Blood & Honour«-Gruppen

Frankreich. Am 30. März sind in acht Regionen Frankreichs groß angelegte Razzien gegen Mitglieder des RechtsRock-Netzwerkes »Blood & Honour« auf Grundlage der Notstandsgesetze durchgeführt worden. Bei den Durchsuchungen wurden elf Gewehre, zwei Pistolen mit Gummigeschossen, 28 Hieb- und Stichwaffen, kugelsichere Westen und diverse Nazi-Devotionalien gefunden.

## Neonazi-Familienausflug

Vorarlberg/Österreich. Ungarische Neonazis haben am 4. März für ein Erinnerungsfoto vor dem Geburtshaus Hitlers in Braunau posiert, bevor sie gemeinsam mit Neonazis aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ein »Blood & Honour«-Festival in Vorarlberg besuchten. Ursprünglich sollte das Event in Thüringen stattfinden, die deutschen Behörden verboten dies jedoch. Rund 70 Personen sollen teilgenommen haben. Zum Programm gehörten ein »Schießwettkampf« als Training für den »Rassenkrieg« und Konzerte ungarischer und österreichischer Neonazibands.

## Die Le Pens und die Panama Papers

Frankreich. Enge Vertraute von Marine und Jean-Marie Le Pen sollen in dubiose Auslandsgeschäfte verwickelt sein, die im Zuge der Panama Papers aufgedeckt wurden. Der Vater soll »steuermindernd« einen Teil seines Vermögens international investiert haben, seine Tochter hat engste Vertraute, die eine sechsstellige Summe mittels eines Systems aus Offshore-Papieren außer Landes geschleust haben sollen. Direkte Verbindungen zu Geldern des »Front National« gibt es jedoch nicht, allerdings gibt es Hinweise auf dubiose Ringgeschäfte im Umfeld der Le Pens. Jean-Marie Le Pen vermutet eine Verschwörung der NATO und gezielte Verleumdung durch die Medien. Die französische Justiz ermittelt bereits gegen Jean-Marie Le Pen wegen des Verdachts, mithilfe eines Vertrauten 2,2 Millionen Euro ins Ausland gebracht zu haben.

## Europageld für Nazis

Schweden/Deutschland. Die extrem rechte »Allianz für Frieden und Freiheit« (APF) erhält EU-Mittel über 600.000 Euro. Der Finanzantrag der NeofaschistInnen passierte zuvor problemlos das Bewilligungsverfahren im Parlament. Die schwedische Initiative »Expo« hatte aufgedeckt, dass ein Treffen von Neonazis, die der APF nahe stehen, Ende Mai in Stockholm von der EU mit knapp 198.000 Euro finanziert wird und weitere 400.000 Euro direkt an die APF gehen. Zu den »Manshemsdagen« am 28. Mai lädt unter anderem der Dan Eriksson ein, der einen Podcast und die APF-nahe Stiftung »Europa Terra Nostra« leitet.

## Homophobe NationalistInnen

Lwiw/Ukraine. Am 19. März haben knapp 200 Neonazis eine Veranstaltung für die Rechte von Bi-, Homo- und Transsexuellen in Lwiw angegriffen. Sie warfen – teilweise vermummt – Rauchgranaten und Steine auf eine Gruppe BesucherInnen, als diese den Veranstaltungsort, ein Hotel, verließen. Auch der Bus, in den sie einsteigen wollten, wurde mit Böllern und Farbbeuteln beworfen. Mindestens eine Person wurde verletzt, mehrere Autos beschädigt. Die Polizei, die mit einem großen Aufgebot vor Ort war, nahm keinen der AngreiferInnen fest, gab jedoch an, »pädagogische Gespräche« geführt zu haben. Lwiw gilt als Hochburg der NationalistInnen, die Veranstaltung wurde bereits im Vorfeld seitens der griechisch-katholischen Kirche als »Provokation und Zeichen eines teuflischen Krieges« bezeichnet. Eine Demonstration durch die Innenstadt war von der Stadtverwaltung verboten worden.

# Etablierte Erlebniswelten

**von Jan Raabe**




Konzerte stellen einen besonderen Erlebnisraum für den (jugend-)kulturellen Teil der extremen Rechten dar. Sie sind Orte der Selbstvergewisserung, der Initiation in ein »Wir« und der ideologischen Munitionierung. Hier werden Emotionen er- und ausgelebt, hier treffen sich alte und zukünftige KameradInnen, hier kann sich oftmals hemmungslos und offen durch »Sieg Heil«-Rufe oder das Zeigen des Hitlergrußes zum Nationalsozialismus bekannt werden. Konzerte sind ein hochgradig politisiertes Freizeitvergnügen.
In den letzten fast 30 Jahren etablierte sich zuerst in der BRD, dann im vereinigten Deutschland eine Praxis der Durchführung solcher Events. Dabei besteht weder bei den OrganisatorInnen noch bei den KonsumentInnen eine direkte personelle Kontinuität, ebenso haben sich die Rahmenbedingungen der Durchführung und deren Ablauf verändert. Gerade in den letzten beiden Jahren zeichnen sich neue Trends in der musikalischen Erlebniswelt der extremen Rechten ab. Zwar ist die Anzahl der Konzerte leicht zurückgegangen, dafür aber die der Liederabende gestiegen. Im Rahmen der rassistischen Proteste gegen Flüchtlinge kam es 2015 auch zu einigen Auftritten von Liedermachern im Rahmen solcher Proteste. Insgesamt hat sich die Zahl der Veranstaltungen auf hohem Niveau stabilisiert; ein genauer Blick zeigt jedoch eine Reihe von Veränderungen.

**Ausverkauft**

Am 17. Juni 2015 postet der Versand »Rebel Records« bei Facebook das erste Mal einen Flyer für ein Konzert am 8. August 2015 mit den Bands »Frontalkraft«, »Kommando Skin« und einer Überraschungsband. Der Verkauf der Karten startete kurze Zeit später über den Versand, via Facebook teilte das Label anschließend mit »Innerhalb von 22 min. waren alle Karten weg – WAHNSINN & RESPEKT!«. Dieses Konzert ist nur ein Beispiel von mehreren für eine veränderte Praxis im Konzertgeschehen. Bis vor kurzer Zeit war es so, dass die Informationen zu den Konzerten nur von Mund zu Mund, über SMS-Verteiler oder via E-Mail verschickt wurden. Selbst dass das Konzert überhaupt stattfinden sollte, wurde geheim gehalten. Am Tag der Veranstaltung wurde eine Telefonnummer veröffentlicht und die potentiellen TeilnehmerInnen erst zu Schleusungspunkten und von dort nach einer Gesichtskontrolle zum Konzertort geschickt oder geleitet. Das diente dem »Schutz« des Konzertes und stellte einen weiteren Thrill in der Erlebniswelt der extremen Rechten dar. Allerdings gelang es trotz konspirativer Vorbereitung und aufwendiger Schleusungsverfahren oftmals nicht, die Konzertorte vor der Polizei geheim zu halten, was häufiger dazu führte, dass Konzerte aufgelöst wurden. Der Ärger ist in solchen Fällen groß, vor allem wenn das Publikum oftmals hunderte von Kilometern gefahren ist, um an dem Konzert teilzunehmen. Viel Aufwand, eventuell noch eine Anzeige, verfahrenes Benzingeld – und das alles für nichts. Aus dieser Situation heraus haben sich in den letzten Jahren zwei Konzerttypen entwickelt, die es so zuvor nicht oder nur vereinzelt gab – auch wenn diese Entwicklungen nicht das Resultat des letzten Jahres sind, sondern eine Veränderung, die sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre herleitet. Dazu gehören eben vor allem die Auflösungen von Konzerten durch die Polizei, sei es weil keine, in einigen Bundesländern notwendige, Anmeldung vorlag oder sei es, weil volksverhetzende oder indizierte Lieder gespielt wurden. Eines der Merkmale dieser ausverkauften Konzerte, wie das von »Rebel Records«, ist, dass sich ein fester Kreis an OrganisatorInnen herauskristallisiert hat. Darunter befanden sich 2015 die Labels »Rebel Records« und »Frontschwein Records«, aber auch die »Hammerskins« stehen offensichtlich hinter einer Reihe von Konzerten. So zum Beispiel hinter dem ausverkauften »Joe Rowan Memorial Concert« am 31. Oktober 2015 im thüringischen Kirchheim: Joe Rowan war ein US-amerikanischer »Hammerskin«, der 1994 im Rahmen einer rassistisch motivierten Auseinandersetzung getötet wurde. Seitdem ist er einer der Helden gerade der »Hammerskins« und zu seinem Gedenken finden jährlich in verschiedenen Ländern Gedenkkonzerte statt.

**Etablierte Orte**

Verändert hat sich auch die Verteilung der Konzerte, damit ist nicht in erster Linie die Verteilung unter den Bundesländern gemeint – hier ist Sachsen immer noch das Bundesland mit den meisten Konzerten – sondern bezüglich der Lokalitäten, in denen die Konzerte stattfinden. Wurden über Jahre überwiegend unter falschem Vorwand, sei es eine Geburtstagsfeier, eine Hochzeit oder ein Nachwuchsband-Festival, die VermieterInnen über den wahren Charakter getäuscht, so existiert inzwischen eine Reihe von Veranstaltungsorten, die immer wieder für RechtsRock-Konzerte genutzt werden. Es war kein großes Geheimnis, dass das »Rock am Kreuz III« am 27. Februar 2016, das auf dem Flyer mit der Ortsangabe »Mitteldeutschland« beworben wurde, im thüringischen Kirchheim im »Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz«, der ehemaligen »Erlebnisscheune«, stattfinden sollte. Mindestens elf Veranstaltungen mit Livemusik aus der extremen Rechten fanden 2015 dort statt. Die Orte, die sich als regelmäßige Veranstaltungsorte von Konzerten der extremen Rechten etabliert haben, melden diese Veranstaltung an. Dabei handelt es sich überwiegend um Gaststätten oder Veranstaltungsräume, für die eine entsprechende Nutzungsgenehmigung und auch eine Schankgenehmigung vorliegt – so zum Beispiel in Thüringen die Gaststätte »Goldener Löwe«,



die von dem Multiaktivisten Tommy Frenck (s. drr Nr. 155) betrieben wird und in der 2015 mindestens zehn Veranstaltungen mit Livemusik stattfanden. In Sachsen ist es vor allem der ehemalige »Gasthof Staupitz« in Torgau, in dem regelmäßig Konzerte stattfinden.
Diese Orte stehen im Gegensatz zu den konspirativ gemieteten Hallen quasi unter der Beobachtung der Polizei. Eine Dekoration mit Hakenkreuzfahnen, wie bei Untergrundkonzerten ist hier nicht zu realisieren. Wie Konzertberichte belegen, werden jedoch auch bei solchen angemeldeten Konzerten indizierte Lieder gespielt. Vermutlich schaut die Polizei so genau dann doch nicht hin, immerhin kann sie ja davon ausgehen, dass die extreme Rechte beziehungsweise die Neonazis hier unter sich bleiben. Und da Teile der Polizei jahrelang behauptet und selbst geglaubt haben, dass »privat« bei einer Veranstaltung bedeute, dass man von außen nichts hört, dürften sich viele der PolizeibeamtInnen sogar im Recht wähnen.

**Parteienstatus**

Eine Etablierung ist jedoch auch in einem anderen Bereich festzustellen. Es sind jene Auftritte von Bands und LiedermacherInnen, die durch Parteien als Versammlung angemeldet werden; auch wenn festgestellt werden kann, dass es einige von Parteien organisierte Festivals nicht mehr gibt, so wie das »Rock für Deutschland« oder das »Deutsche Stimme Pressefest«. Es finden jedoch weiterhin einige wichtige Veranstaltungen statt, die als Kundgebungen angemeldet werden und sich etabliert haben, so der von der NPD organisierte »Eichsfeldtag« und vor allem die »H8«-Konzerte, deren Veranstalter darauf achten, sowohl die NPD als auch »Die Rechte« einzubinden. Der Verfassungsschutz zählt in seinen Jahresberichten diese in der Kategorie »sonstige Musikveranstaltungen« auf. Dabei ist diese Kategorie von der Einordnung her problematisch, denn die bisherigen Kategorien »Konzerte« und »Liederabende« fokussieren eher auf den Ablauf und den im allgemeinen damit verbundenen Erlebnischarakter, die neue Kategorie hingegen auf die formale Anmeldung. Warum aber soll nicht eine Partei ein Konzert veranstalten? Warum werden diese Veranstaltungen nicht auch als Konzerte oder Liederabende gezählt?

Diese durch Parteien angemeldeten Veranstaltungen genießen den ausdrücklichen Schutz des Versammlungsrechts; die Wahrscheinlichkeit, dass diese tatsächlich stattfinden, ist daher besonders groß. Hervorzuheben in diesem Bereich ist das »Live H8« 2015. Zumindest liefen die ersten Werbeflyer unter diesem Titel, der deutlich an die Konzerte in den letzten Jahren anknüpfte. Nachdem lange unter diesem Titel geworben wurde, änderte sich dieser dann in »Rock für Meinungsfreiheit« und das Programm wurde um einige RednerInnen ergänzt. Zum Erfolg des Konzertes mit ca. 1.500 BesucherInnen dürfte gehört haben, dass sowohl VertreterInnen von NPD und »Die Rechte«, als auch eines lokalen Wahlbündnisses auf der Bühne standen, neben hochkarätigen Bands, die selbstverständlich für die meisten der eigentliche Grund zur Anreise gewesen sein dürften. Dass die Veranstalter Tommy Frenck und Patrick Schröder tagesaktuell vom Aufbau des Festzelts und andere Details berichteten und bundesweit Busse zu dem Event fuhren, dürfte viele überzeugt haben, dass die 25 Euro pro Eintrittskarte sich lohnen. Das nächste »H8«-Konzert, dieses Jahr unter dem Namen »Rock für Meinungsfreiheit«, war für den 7. Mai angekündigt und fand mit etwa 3.500 BesucherInnen statt. Festzuhalten ist, dass unterschiedliche Parteien, inzwischen neben der NPD auch »Die Rechte« und »Der III. Weg«, Konzerte und Liederabende als angemeldete Kundgebungen veranstalten.

**Ausland**

Mit mindestens 46 Konzerten im Ausland, bei denen deutsche Bands 2015 auf der Bühne standen, ist die Zahl dieser RechtsRock-Konzerte wieder leicht angestiegen. Eine besondere Stellung nimmt dabei die Band »Kategorie C« ein, die in den letzten Jahren besonders oft Konzerte in Nordrhein-Westfalen, sei es im Ruhrgebiet oder im Raum Aachen ankündigte, die dann in den Niederlanden oder in Belgien stattfanden. Hier ist der Druck der Behörden deutlich geringer als in Deutschland. Fünf der Konzerte mit deutschen Bands im Ausland wurden von den »Hammerskins«, elf von den nationalen »Blood & Honour«-Divisionen organisiert. Was in Deutschland verboten ist, kann jenseits der Grenze fröhlich stattfinden. Die Events verteilten sich im letzten Jahr auf 13 Länder, mit neun fanden die meisten in Italien statt, je fünf in Frankreich, Großbritannien, Schweden, der Tschechischen Republik und Ungarn.

**Reingrätschen**

Die Konzentration auf einzelne Orte und offen mobilisierte Events ermöglicht im Gegensatz zu klandestin geplanten Konzerten die Organisation von Gegenprotesten und Aktionen. Gegen die etablierten Veranstaltungslokale oder Hallen können Kampagnen organisiert werden. Das ist sicherlich keine leichte Aufgabe, haben sich die AkteurInnen der extremen Rechten doch Orte und Gegenden ausgesucht, die oftmals weit weg von den Metropolen liegen. Angesichts der Abgeschlossenheit der Konzerte und sogar der als Kundgebung angemeldeten Events besteht die Gefahr, dass das Bewusstsein für die Bedeutung und die Gefahr dieser Konzerte schwindet.

# rezensionen

## Interdisziplinäre Debatten zur ‹Rechtsextremismusforschung›

von Sascha Schmidt

Der 500 Seiten starke und 21 Artikel umfassende Sammelband »Rechtsextremismus und ‹Nationalsozialistischer Untergrund›« geht auf die 27. Jahrestagung Friedenspsychologie 2014 zurück. Die HerausgeberInnen führen mit diesem Band die dort offen gebliebenen Debatten weiter, legen theoretische Unschärfen und ungelöste Definitionsprobleme dar und präsentieren neue Ansätze der ‹Rechtsextremismusforschung›. Zudem umfasst der Band mehrere Aufsätze zum NSU-Komplex sowie zu Präventions- und Interventionskonzepten im Kontext von Diskriminierung und ‹Rechtsextremismus›. Als gelungen erweist sich der einleitende systematische Überblick über sozialwissenschaftliche und psychologische Entwicklungslinien und Debatten der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. Im Kapitel zu theoretischen Unschärfen werden unter anderem monokausale Erklärungsansätze kritisiert, die ‹Rechtsextremismus› als spezifisch ostdeutsches Phänomen beschreiben. Diese Auseinandersetzung erfolgt mittels Darstellung der Geschichte der extremen Rechten in der DDR bis heute und der aktuellen Trends und Einstellungserhebungen im Rahmen des »Thüringen-Monitors«. Im Kapitel über »gesellschaftliche Reaktionen« werden unter anderem das Definitionssystem der »politisch motivierten Gewalt« am Beispiel der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg und die mediale Thematisierung von ‹Rechtsextremismus› und Rassismus anhand der Übergriffe von Mügeln im Jahr 2007 analysiert und kritisiert.

Das Kapitel zu Prävention und Intervention stellt unter anderem Empfehlungen für praktische Ansätze im Bundesprogramm »Demokratie leben« und zur »Deradikalisierung« von Jugendlichen vor. Zudem wird eine interessante Studie zu Erfahrungen von Opfern rechter Gewalt mit der Polizei präsentiert sowie die Bedeutung lokaler politischer Kultur thematisiert, als Faktor für die Herausbildung von ‹Rechtsextremismus›.

Trotz guter Darstellungen der Entwicklung der Thüringer Neonazi-Szene und des NSU sowie der Rolle des Verfassungsschutzes (durch Dirk Laabs), fallen die präsentierten Kontroversen zum NSU – mit Blick auf die prominente Setzung des Themas (im Titel des Buches) – doch recht knapp aus.

Zwar gibt die breite Themenpalette des Buches einen guten Überblick über verschiedene Forschungsfelder – eine Vertiefung oder Verknüpfung der Themengebiete gelingt dadurch jedoch nur teilweise.

*Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußecker, Franziska Schmidtke (Hrsg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund« – Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden 2016, Edition Rechtsextremismus, Springer Verlag, 509 Seiten, 39,99 Euro.*

## »… die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden«

von Fabian Kunow

Björn Höcke gehört zu den bekanntesten Politikern der AfD. Sein Einfluss reicht weit über die Grenzen von Thüringen hinaus. Wenn der AfD extrem rechtes Denken nachgewiesen werden soll, dann werden KritikerInnen leicht fündig beim 42-jährigen Geschichtslehrer und derzeitigen Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag.

Da fertig ausdiskutierte Parteiprogramme bei der AfD zum Teil noch auf sich warten lassen oder aber so vage und unscharf formuliert sind, um die verschiedenen WählerInnenspektren unter einen Hut zu bringen, macht es Sinn, sich das AfD-Spitzenpersonal genauer anzusehen.

Eine politikwissenschaftliche Analyse von Björn Höcke hat der Soziologe Andreas Kemper unter dem Titel »… die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden« vorgelegt. Diese wurde von der Thüringer Rosa-Luxemburg-Stiftung nach den letzten AfD-Wahlerfolgen erweitert und nun auch in gedruckter Fassung publiziert.

Die Studie ist in zwei Abschnitte geteilt. Im ersten widmet sich Kemper der Person Björn Höcke, seinen Kontakten und seinem Werdegang. Kemper weist detailverliebt die vermutete Personenidentität von »Landolf Ladig« und Björn Höcke nach. »Landolf Ladig« schrieb für NPD-nahe Theorieorgane, bevor der AfD-Politiker Höcke auf der Bildfläche erschien. Über diesen Indiziennachweis wird gut das Gedankengebäude der Neuen Rechten im AfD-Mantel dargestellt. Der zweite Teil ist der wesentlich spannendere. In diesem führt Kemper den Nachweis, dass Björn Höcke eine faschistische Ideologie vertritt. Ein gewagtes Experiment: Ist es doch in der universitären Rechtsextremismusforschung in Deutschland unüblich, den Begriff des Faschismus zu verwenden, um heutige Phänomene der extremen Rechten zu beschreiben. Besondere Brisanz bekommt der Vorwurf »Faschist« dadurch, dass dieser nicht auf einen NPDler oder einen anderen NS-Outlaw, sondern auf einen bei einer demokratischen Wahl legitimierten Parlamentarier angewandt wird. Um zu belegen, dass Höcke eine faschistische Ideologie vertritt, verwendet Kemper die Faschismustheorie von Roger Griffin. In der internationalen, universitären Faschismusforschung ist der in Oxford lehrende Brite derjenige, der den letzten »State of the Art« in Sachen Faschismustheorie gesetzt hat.

An die Studie von Kemper ist eine nach Stichworten sortierte 37-seitige Zitatsammlung von Höcke angeschlossen. Praktisch für alle, die mal schnell ihre Thesen belegen möchten.

*Andreas Kemper: »… die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden«. Zur Differenz von Konservativismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höckes (AfD)«, überarbeitete, erweiterte Auflage. Jena 2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 148 Seiten.*
*Kostenloser Download unter www.rosalux.de.*

## AfD & konservative ChristInnen

von Paul Wellsow

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wurzelt auch in den Netzwerken konservativer ChristInnen und Evangelikaler. In einer Studie für die »Heinrich-Böll-Stiftung« macht der Politikwissenschaftler Michael Lühmann vom »Göttinger Institut für Demokratieforschung« das Ringen um »Gegenhegemonie von rechts« als Motiv der religionspolitischen Arbeit der AfD aus. Mit der Partei seien die »Kräfte der Gegenreform« angetreten, um die Liberalisierung der vergangenen Jahrzehnte in der Bundesrepublik rückgängig zu machen, zum Beispiel das Recht auf Abtreibung, Fortschritte bei der Gleichstellung von Mann und Frau, Akzeptanz der sogenannten »Homo-Ehe« oder zunehmende Säkularisierung. Die Verankerung der AfD im konservativ-christlichen Milieu zeigt Lühmann an Beispielen aus Baden-Württemberg und Sachsen auf.

Die AfD sieht Lühmann als »politischen Arm einer erzkonservativen, evangelikalen und in neurechten Kreisen bestens vernetzten Ideenwelt«. Er beschreibt ein »intellektuelles, ideologisch geschultes, organisatorisches, wissenschaftlich angestrichenes und finanzielles Netzwerk (…) mit eigenen Zeitungen, Blogs und Foren, die (...) nicht etwa in den Parlamenten sachpolitisch wirken, sondern ‹Gramscianismus von rechts›« betreiben, indem sie «kulturelle Kommunikationsmuster bereits im vorpolitischen Raum veränder(n), um so die Bereitschaft zur Hinnahme von nationaler Schließung, autoritärer Unterordnung und ethnischer Homogenität zu fördern«. Der politischen »Front, die über Dresden, Erfurt und Stuttgart mit radikal christlichen, rechten, völkischen und neu-rechten Versatzstücken« operiere, gelinge es zunehmend, »die Grenzen zwischen wertkonservativer (…), rechtsradikaler (…) und rechtsextremer Ausrichtung (…) verschwimmen zu lassen und dabei die Deutungsmuster in der Gesellschaft zu verändern«, warnt der Wissenschaftler. Die nach rechts verschobene Asyldebatte, die konservative Hysterie gegen Forderungen nach Gleichstellung und Gender-Gerechtigkeit und das »ewige Trommeln gegen ‹grün-linke Gutmenschen› und gegen ‹Denkverbote›« habe die »Mitte« der Gesellschaft erreicht. Das Ziel der AfD sei nicht »parlamentarische Praxis«, sondern gesellschaftliche Vorherrschaft. Dagegen helfe nur Aufklärung und das Zurückdrängen der Rechten statt Dialog.

*Michael Lühmann: Meinungskampf von rechts. Über Ideologie, Programmatik und Netzwerke konservativer Christen, neurechter Medien und der AfD. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden 2016, 30 Seiten.*
*Kostenloser Bezug des E-Papers unter www.weiterdenken.de*

## Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift _______________________________________________________________

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ______________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

# Photos

Jan Nowak (Seite 4)
Robert Andreasch (Seite 8)
Otto Belina (Seite 27)
Kai Budler (Seite 15, 23, 32)
Christian-Ditsch.de (Seiten 13, 18, 26)
dpa (Seite 21)
drr-Archiv (Seiten 10-11, 25)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 1, 14, 16, 24, 28)
Lucius Teidelbaum (Seite 6, 29)

# Impressum


V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.




**Ein Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen eines neuen Rechtsrucks, dessen Dynamik und politische Zukunftsdimensionen der Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit bedürfen.**

Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.)
**Neue soziale Bewegung von rechts?**
Zukunftsängste | Abstieg der Mitte | Ressentiments
Eine Flugschrift
132 Seiten | € 11.00 | ISBN 978-3-89965-711-1

Dass die »Flüchtlingsfrage« und »der Islam« zur Projektionsfläche von Ängsten und Ressentiments werden konnten, hat mit tiefer liegenden ökonomisch-sozialen Problemlagen zu tun. Die Erosion der gesellschaftlichen Mitte und daraus resultierende Abstiegsängste sind ein zentraler Faktor. Die Verteilungsverhältnisse zementieren Ungleichheit und beschneiden Chancengleichheit. Dieser Trend wird von rechts genutzt zur Entfaltung eines autoritär-nationalistischen Aufstands. Die neue rechte Bewegung droht zu einem Faktor zu werden, der das bisherige Gefüge grundlegend nach rechts verschieben könnte.
**Alexander Häusler** ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter, Prof. Dr. **Fabian Virchow** Leiter des Forschungsschwerpunkt »Rechtsextremismus und Neonazismus« der Hochschule Düsseldorf.

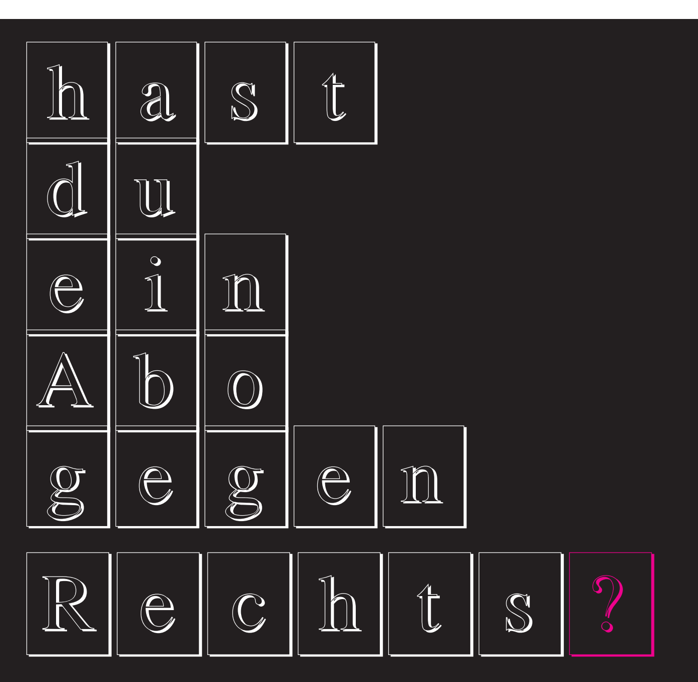



Joachim Bischoff/
Elisabeth Gauthier/
Bernhard Müller
**Europas Rechte**
Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus
Eine Flugschrift
132 Seiten | € 11.00 | ISBN 978-3-89965-663-3




Alexander Häusler/
Rainer Roeser
**Die rechten ›Mut‹-Bürger**
Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«
160 Seiten | € 12.80 | ISBN 978-3-89965-640-4

**VSA: Verlag | St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg | info@vsa-verlag.de | www.vsa-verlag.de**




www.der-rechte-rand.de
RechercheAnalysePerspektive
das magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN